

seduta n. 158 del 14 maggio 1998

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.09)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Muraro, Andreotti, Frasnelli, Zaroni, Durnwalder, Hosp, Grandi, Di Puppò nachmittags und Willeit nachmittags. Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DENICOLO: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Prego prendere posto. Keine Einwände, dann gilt das Protokoll als genehmigt. Ich wollte etwas sagen und bitte einen Moment um Aufmerksamkeit bezüglich der Termine. Wir werden es Ihnen auch schriftlich geben. Es ist an mich der Wunsch herangetragen worden, die Sitzungen im Oktober soweit zurückzuhalten, daß zumindest einen Monat vor den Wahlen keine mehr stattfinden. Wir haben Sitzungen noch Mitte Oktober programmiert und das würde dann nicht mehr dieser Anforderung entsprechen und deswegen habe ich mir angesichts der dichten Tagesordnung gedacht und wollte Sie bitten, daß diese Woche im Oktober auf den Juni vorverlegt wird. Ich habe mit dem Landtagspräsidenten von Trient gesprochen und auch die Termine abgecheckt und es wäre möglich diese drei Tage, die Mitte Oktober vorgesehen sind, auf den 24. - 26. Juni vorzulegen. Einen Tag müssen wir zurückgeben und das müßte schon genügen. Das hätte auch noch einen anderen Vorteil, daß wir vor den Sommerferien noch einiges machen könnten und dann was im Herbst passiert, ist sowieso sehr schwierig, weil es unter den vollen Wahlkampf fällt. Jetzt würde ich nur bitten, die Termine frei zu halten. Wir werden Ihnen dann schon noch alles schriftlich geben. Das zum einem.

Am Freitag, den 12. Juni arbeiten wir nur vormittags bis 13.00 Uhr. Abgeordneter Benedikter, bitte. Wir sprechen dann schon die Termine mit den Fraktionssprechern ab und ich brauche nicht eine Diskussion darüber abführen zu lassen. Ich wollte nur sagen, haltet euch einmal frei und ich rede dann mit den Fraktionssprechern im Detail.

Bitte, Abgeordneter Benedikter.

BENEDIKTER: Nicht zum 12. Juni möchte ich sprechen, aber zum 25. Juni, zu dieser Vorverlegung von drei Tagen in der zweiten Junihälfte. Ich bin ausgegangen vom Kalender, wie er bisher bestanden hat und habe mich verpflichtet, genau um diese Zeit am Kongreß der kleinen Völker Sibiriens teilzunehmen. Ich habe ja ein deutsches Werk von diesen kleinen Völkern in das Russische übersetzt und das wird da vorgestellt. Ich habe mich verpflichtet dort teilzunehmen und ich bin davon ausgegangen, daß der Kalender eben so eingehalten wird, wie er ist.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Benedikter, Sie haben recht und wenn es nicht anders geht, dann würden wir Sie auch entschuldigen. Ich würde Sie jetzt bitten, da wir praktisch zwei Monate vor dem Termin stehen, ihn einmal vorzumerken. Ich möchte dann mit den Fraktionssprechern schauen, ob wir ihn zustande bringen und würde dann allem Bedarf Rechnung tragen und wenn das dann gar nicht geht, dann würde ich Sie ausnahmsweise natürlicherweise entschuldigen. Nur scheint die Überlegung, daß man Mitte Oktober Sitzungen vermeiden soll schon doch ganz gut zu sein. Merkt euch einmal vom 24. - 26. Juni mit Vorbehalt vor. Nur daß es einmal gesagt ist. Bitte

BENEDIKTER: Das ist noch nie vorgekommen, daß man wegen der Wahl im Oktober keine Sitzungen mehr gemacht hat, denn ich möchte schon auch an den Sitzungen teilnehmen und nicht einfach entschuldigt werden.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Benedikter, ich behalte mir vor, in der Fraktionssprechersitzung das ganze Thema zu besprechen. Ich wollte nur jetzt zwei Monate, 1 ½ Monate vorher sagen, daß es bitte einmal vorzumerken ist. Wir halten jetzt keine Debatte darüber ab, wir machen darüber Fraktionssprechersitzung. Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ: Sie haben angekündigt, daß am 12 Juni nur vormittags Sitzung ist. Ich möchte fragen einmal warum, denn dieser Tag ist vorgemerkt und den wissen wir spätestens seit Dezember 1997. Wenn wir diese Sitzungstage mindestens ausfüllen, dann kommen wir auch schon ein bißchen weiter, aber warum soll dieser Nachmittag frei sein?

PRÄSIDENT: Ich sage es Ihnen gleich. Ich hätte es auch lieber, wenn wir es so machen könnten, aber der Landtagspräsident, dem ich einige Tage schuldig bin, weil wir ihm einige Tage abgebettelt haben, um diese außerordentlichen Sitzungen zu machen, hat mich gebeten, diesen Nachmittag freizugeben. Präsident Giordani, wenn es nicht unbedingt sein muß, würde ich Sie schon ersuchen uns auch den Nachmittag zu lassen. Wir haben darüber geredet und ich muß einen halben Tag noch zurückgeben und in Trient ist Sitzung zur Bilanz. Danke schön.

Nach dieser Ankündigung würde ich jetzt zum Thema des heutigen Tages kommen. Sie wissen, daß wir für heute programmiert haben, das Familienpaket zu behandeln und daß die Fraktionssprecher ausgemacht haben, daß wir auch Nachtsitzung machen, um diese Thematik endlich abzuschließen. Ich würde Sie also bitten, möglichst

auch den Abend freizuhalten und so zügig zu arbeiten, daß wir vielleicht noch vorher fertig werden. Das wäre das Ideale. Damit kommen wir jetzt zu den Artikeln zurück, und zwar stehen wir in der Behandlung auf Seite 15 der Abänderungen. Abänderungsantrag vom Abgeordneten Pinter und anderen.

Emendamento all'emendamento all'art. 3, presentato dall'ass. Romano.

La lettera g) del primo comma dell'art. 3 ter introdotto dall'emendamento è soppressa.

Al comma 2 dell'art. 3 ter introdotto dall'emendamento, le parole „57 anni“ sono sostituite dalle parole „60 anni“.

Al comma 3 dell'art. 3 ter introdotto dall'emendamento, le parole „sessantaduesimo anno“ sono sostituite dalle parole „sessantacinquesimo anno“.

Al comma 4 dell'art. 3-ter introdotto dall'emendamento, le parole „sessantaduesimo anno“ sono sostituite dalle parole „sessantacinquesimo anno“.

Danke, auf deutsch bitte. ...auf dem Blatt steht unten links 4 und oben rechts 15. Wir lesen inzwischen auf deutsch, der Herr Dr. Untersulzner zeigt es Ihnen.

DENICOLÒ: Abänderungen zu einem Abänderungsantrag von Assessor zum Art. 3ter, gezeichnet von Pinter und anderen.

In Art. 3ter Absatz 1, der vom Änderungsantrag eingeführt wird, wird Buchst. g) aufgehoben.

In Art. 3ter Absatz 2, der vom Änderungsantrag eingeführt wird, werden die Worte „57. Lebensjahr“ durch die Worte „60. Lebensjahr“ ersetzt.

In Art. 3ter Absatz 3, der vom Änderungsantrag eingeführt wird, werden die Worte „62. Lebensjahr“ durch die Worte „65. Lebensjahr“ ersetzt.

In Art. 3ter Absatz 4, der vom Änderungsantrag eingeführt wird, werden die Worte „62. Lebensjahr“ durch die Worte „65. Lebensjahr“ ersetzt.

PRÄSIDENT: Abg. Pinter bzw. alle anderen auch: Die Abänderung betreffend den Buchstaben g) ist nicht mehr zulässig, weil der Buchstabe g) durch eine andere Abänderung bereits beschlossen wurde. Es bleiben aufrecht - rimangono salvi comma 2 art. 3-ter, comma 3 art. 3-ter und comma 4 art. 3-ter. Solo la prima lettera g) non è ammissibile, tutto il resto va bene. Pinter zur Erläuterung? Bitte schön, Herr Abgeordneter.

PINTER: Lo scopo dell'emendamento è abbastanza chiaro, è quello di riportare i limiti di età, che danno diritto al beneficio, a 60 anni rispetto alla proposta di riduzione a 57 anni, a 65 anni rispetto alla proposta di riduzione a 62 anni.

Qui si tratta di capirci, nel senso che dovremo pur fissare dei criteri omogenei per le varie previdenze, per le varie integrazioni, per le varie politiche sociali complessive, allora si tratta di capire se è possibile che a livello nazionale si proceda all'elevazione dell'età, mentre noi procediamo alla riduzione dell'età, se per un istituto noi procediamo al mantenimento dei vecchi valori di età e per un altro lo modifichiamo,

credo che dovremmo stabilire una volta per tutte quali sono i limiti di età che danno diritto alla pensionabilità e quindi alla riscossione di determinate previdenze.

In fondo qualche cosa del genere abbiamo fatto anche a riferimento con gli stessi consiglieri regionali, abbiamo elevato da 60 a 65 anni di età e quindi credo che non è perché voglio necessariamente penalizzare o favorire determinate categorie, ma fissiamo una volta per tutte, se noi ci orientiamo per riconoscere alle donne 60 anni, 65 agli uomini o se è un altro valore e su questo rimaniamo omogenei, perché è evidente che non si tratta di briciole neanche in questo caso, sono oneri consistenti, ma al di là degli oneri, se riteniamo corretto stabilire un principio lo stabiliamo, ma questo meccanismo di introdurre i 57, i 62 piuttosto che i 65, 60, mi sembrano delle soluzioni per dare dei segnali, per estendere la dimensione dei beneficiari, ma non mi pare che siano ispirati da un criterio di razionalità nell'azione previdenziale o assistenziale che noi vogliamo fare.

Mi piacerebbe che l'assessore Romano motivasse, nell'ambito del complesso delle politiche sociali e previdenziali della Regione, della Provincia, dello Stato questa modifica dell'età, perché è chiaro che noi abbiamo la facoltà, l'autonomia di integrare alcuni benefici, rispetto quanto già previsto a livello nazionale e già lo facciamo, però credo che almeno evitare un ragionamento sull'età, non è che si diventa più vecchi necessariamente in una Regione rispetto ad un'altra, quindi suggerirei che manteniamo dei limiti omogenei.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort. Der Abgeordnete Morandini, bitte schön Herr Abgeordneter.

MORANDINI: Grazie Presidente. Per dire la nostra contrarietà a questo emendamento, per queste ragioni. Se aveva un senso quando abbiamo approvato le norme in vigore dell'attuale pacchetto famiglia, aveva un senso prevedere per la pensione alle casalinghe, all'età dei 65 anni, oggi a distanza di qualche anno dall'entrata in vigore della legge, tenendo presenti le modifiche intervenute nel frattempo a livello nazionale, sarebbe penalizzate prevedere che le persone casalinghe non possono andare in pensione prima dei 65 anni, secondo la legge regionale che abbiamo fatto.

Allora da questo punto di vista avevo già presentato un emendamento che riduceva a 62 anni, proprio perché bisogna andare gradualmente, ma comunque tendere ad arrivare all'età dei 60 anni, proprio per non penalizzare tanto più le persone che fanno lavoro casalingo.

Sarà in discussione fra poco anche un emendamento della maggioranza su questo e quindi ribadisco il convincimento che mantenere a 65 anni l'età pensionabile per la pensione alle casalinghe sarebbe penalizzante per queste categorie, quindi bisogna cercare di anticipare.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

BENEDIKTER: Ich stelle fest, was Pinter beantragt, daß man statt 57 Jahre 60 Jahre sagt, daß das dem staatlichen Reformgesetz vom 23. Oktober 1992, Nr. 421 entspricht, in dem Reformgrundsätze für die Sozialversicherung enthalten sind und in dem es eben heißt, daß die Altersgrenze auf 60 Jahre für die Frauen und auf 65 Jahre für die Männer erhöht werden muß, und zwar ab 1994. Also Pinter beantragt die Erhöhung auf 60 Jahre und daher entspricht das was Pinter beantragt mehr dem Reformgrundsatz, von dem ja die Region in ihrer ergänzenden Gesetzgebung nicht abkommen darf. Wenn es hier bei den 57 Jahren bliebe und wie es dann heißt, daß sogar die Beitragsleistung, die Jahresdauer der Beitragsleistung, auf fünf Jahre herabgesetzt wird, dann würde das dem Reformgrundsatz widersprechen, in dem eben unter Buchst. g) des Artikels 3 - Reformgesetzes 421 vom 23. Oktober 1992 - die Rede ist, daß die Anzahl der Jahre der Beitragsleistung von 15 Jahre auf 20 Jahre erhöht werden soll, während sie hier geradezu noch einmal um fünf Jahre vermindert wird. Also, es widerspricht der 2. Absatz des Art. 3 den Reformgrundsätzen, während das was Pinter vorschlägt den Reformgrundsatz gerade noch einhalten würde.

Daher, wenn die Regierung es ernst nimmt, dann muß das Gesetz rückverwiesen werden. Ich weiß, daß die Zweikammernkommission vorgeschlagen hat - das Parlament hat diesen Teil genehmigt -, daß sich auf jeden Fall der Zentralstaat vorbehält, den Standard der Sozialversicherungsleistungen für ganz Italien gleich zu halten und damit auch die Standards, um diese Sozialversicherungsleistungen zu erreichen, abgesehen davon, daß es beim Stande der Dinge, unabhängig von der Verfassungsreform, auch wenn keine Verfassungsreform käme, wir dieses Reformgesetz haben. Die Region kann ja mit ihrer ergänzenden Gesetzgebung nicht von den Grundsätzen des Reformgesetzes abkommen.

PRÄSIDENT: Möchte noch jemand von den Abgeordneten das Wort ergreifen? Niemand? Dann schließe ich diesen Teil der Debatte ab und gebe das Wort dem Regionalassessor Francesco Romano. Prego, assessore.

ROMANO: Grazie Presidente. Questo è un argomento abbastanza particolare, sul quale bisogna fare un po' di chiarezza, altrimenti non ci capiamo e posso anche comprendere che può sembrare strano questo discorso dei 62 anni, dei 57 anni e così via.

Fosse stato per me avrei messo la pensione a chi è senza pensione, perché non se l'è potuta guadagnare, a 60 anni, ragioni però di verifica nel corso del tempo hanno fatto sì che almeno per un periodo di tempo si prevedessero i 62 anni.

Cominciamo dalla norma base. La norma base prevede pensione di vecchiaia a 65 anni con 15 anni di contributi, attenzione, la norma relativa alle pensioni di vecchiaia nazionali partiva dai 55 anni per le donne e 60 per gli uomini, oggi siamo a 58 per le donne e 63 per gli uomini, quindi oggi già una norma transitoria porta il beneficiario della pensione regionale donna a quattro anni di differenza rispetto alla pensione nazionale, perché oggi una donna prende la pensione di vecchiaia a 58 anni, in base a questa legge la prende a 62 anni. Se disparità c'è è a nostro svantaggio e non a nostro vantaggio, quindi non è vero che a livello nazionale sia molto più avanti, a livello

nazionale si va avanti dai 55 ai 60 anni un po' alla volta, arriveremo nel 2006 a 60 anni, noi partiamo subito con i 62 anni, fermo restando che la norma a regime prevede i 65 anni.

Perché prevediamo questo? C'è da tenere in considerazione anche un'altra cosa importante, questa legge intende recuperare qualche mancanza del passato, perché non ha avuto un grandissimo esito, primo per l'età, 65 anni la gente non ci ha creduto, poi perché non era adeguatamente strutturata. Allora noi abbiamo fatto questo ragionamento: la pensione si dà a 65 anni, in fase di prima applicazione si dà a 62 anni, poi c'è un altro problema molto importante, che già propongo, ci sono delle persone senza pensioni che hanno superato i 50 anni, ne hanno 54, 55, 56, con una norma a regime fissa dei 15 anni di anzianità prenderebbero la pensione a 80 anni.

L'obiettivo di tutti noi è dare fin dai prossimi anni una pensione a chi non ce l'ha. Allora qual è la norma transitoria? I quindici anni si pagano comunque, anche se in un tempo più breve, è lo stesso ragionamento che abbiamo fatto 5 anni fa, i soldi si pagano ad un'età maggiore dei 50 è chiaro che devi fargli pagare questi 15 anni in un tempo minore, perché se ho 57-58 anni e devo farmi la pensione pagando per 15 anni, arrivo a 75-80 anni. Allora il cerchio lo abbiamo chiuso in questo modo, a regime si va a 65 anni e qui non ci piove con 15 anni, in fase di prima applicazione, per coloro che hanno superato i 50 anni, quindi sono già alle soglie della terza età, il requisito è ridotto dai 65 anni ai 62 anni ed è la seconda cosa, chi ne ha 49 si fa i suoi 15 anni regolari e tranquilli di iscrizione e di pagamento dei contributi, chi ne ha 50 ha già questa facilitazione di dover pagare per 12 anni la contribuzione e poi i 15 anni diventano un po' di meno per coloro che si stanno avvicinando all'età pensionabile.

Se ho 50 anni mi pago i 15 anni in 12 anni, se ne ho 55 mi pago i miei 15 anni in 7 anni, se ne ho 57 mi pago i miei 15 anni in 5 anni e se ne ho 60 e sono senza pensione mi pago i 15 anni in 5 anni e la prendo a 65, se ne ho 65 la prendo a 70, c'è gente che è ottimista e pensa di vivere chissà quanto, ho 70 anni e mi pago i miei 15 anni in 5 anni ed avrò finalmente la soddisfazione di avere la pensione che lo Stato mi ha negato, altrimenti qual è la nostra potestà integrativa, è dare a chi non ha ricevuto dallo Stato, questo è fondamentale e lo Stato ha delle regole rigide. Nel momento in cui mettiamo una norma transitoria che ci raccorda nel corso degli anni, credo questa legge è fatta principalmente per i più anziani, perché il quarantenne oggi ha altre possibilità, altre prospettive, il cinquantacinquenne non le ha più, questa legge serve proprio per quelle persone lì.

PRÄSIDENT: Abg. Taverna...bitte...Das Wort hat der Abg. Pinter zur Replik. Prego, consigliere.

PINTER: Grazie Presidente. Devo dare atto, come abbiamo già ripetutamente, che l'assessore Romano sa a modo suo essere convincente nello spiegare le ragioni del mantenimento o dell'estensione dei benefici previsti dalla legge n. 4 e non dico che a suo modo non abbia costruito un ragionamento sufficientemente razionale per argomentare questa differenziazione dell'età, anche perché il presupposto di partenza è

quello ammesso dall'assessore Romano, ma se noi vogliamo estendere i beneficiari quale possibilità abbiamo? Quella di abbassare l'età del godimento del beneficio, ma gira e rigira questa è la sostanza del discorso che ha fatto l'assessore Romano.

Credo che sia quello che ha detto il cons. Benedikter, sia quello che ho detto all'inizio, rimane comunque il problema che rispetto a principi di riforma, che volenti o nolenti hanno un valore vincolante, anche se in una disciplina transitoria, intanto semmai la disciplina transitoria doveva tenere conto degli stessi livelli e non anche qui modificare di un anno gli stessi valori di transizione, ma rimango comunque dell'avviso che c'è una contraddizione di fondo rispetto a questa questione. Quindi posso capire le ragioni esposte dall'assessore Romano, ma devo dire che permangono le mie perplessità rispetto alla facoltà nostra di modificare in modo arbitrario i limiti di età di godimento di questi benefici.

PRÄSIDENT: Danke. Damit stimmen wir ab. Die Beschlußfähigkeit wird festgestellt. Namentliche Abstimmung. Wer schließt sich dem Antrag an? Danke, das sind genügend. Damit wird namentlich abgestimmt. Bitte um Verlesung der Namen in alphabetischer Reihenfolge. Zur Abstimmung kommt der Antrag Pinter, der Gesamtvorschlag, mit dem diese Altersgrenzen hinaufgesetzt werden sollen. So, wir können beginnen. Bitte Platz zu nehmen. Prego prendere posto. Ich bitte die Herren Abgeordneten Platz zu nehmen.

(segue votazione per appello nominale)

DENICOLO': Achmüller (nein), Alessandrini (sì), Andreotti (non presente), Atz (nein), Benedetti (sì), Benedikter (ja), Benussi (no), Berger (non presente), Binelli (no), Boldrini (non presente), Bolzonello (astenuto), Bondi (sì), Casagrande (no), Chiodi-Winkler (sì), Cigolla (no), Conci-Vicini (non presente), Dalbosco (sì), Delladio (non presente), Denicolò (nein), De Stefani (non presente), Di Puppo (sì), Divina (astenuto), Durnwalder (non presente), Fedel (no), Feichter (nein), Frasnelli (non presente), Frick (non presente), Gasperotti (sì), Giordani (no), Giovanazzi (no), Grandi (non presente), Holzer (non presente), Holzmann (no), Hosp (non presente), Ianieri (no), Kasslatte Mur (nein), Klotz (ja), Kofler (nein), Kury (astenuta), Laimer (nein), Leitner (astenuto), Leveghi (sì), Mayr C.(nein), Mayr J. (nein), Messner (non presente), Minniti (no), Montefiori (non presente), Morandini (no), Moser (non presente), Munter (non presente), Muraro (non presente), Pahl (nein), Palermo (astenuto), Pallaoro (no), Panizza (no), Passerini (sì), Peterlini (nein), Pinter (sì), Romano (no), Saurer (nein), Tarfusser (astenuta), Taverna (no), Tosadori (non presente), Tretter (non presente), Valduga (no), Vecli (non presente), Viola (no), Willeit (non presente), Zanoni (non presente), Zendron (sì).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 48

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 29
Stimmenthaltungen: 6

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Antrag Romano.

Proposta di subemendamento al subemendamento dell'Assessore Romano all'art. 3 ter

Al comma 3, dopo le parole „sessantaduesimo anno di età“ sono inserite le parole „o dal mese successivo alla maturazione del requisito dell'anzianità assicurativa, se posteriore“.

Das ist Nr. 4 oben rechts auf dem Blatt und die Protokollnummer: 2. April 1998, 1493/4 - Romano. Il foglio è intitolato 4 sulla destra, numero 4 sulla destra.

DENICOLÒ: Antrag auf Abänderung des Subantrags des Assessors Romano zu Art. 3\ter

In Absatz 3 werden nach den Worten „des 62. Lebensjahres“ folgende Worte eingefügt: „oder - sofern dies später eintreten sollte - ab dem auf die Erreichung der Versicherungsjahre“:

Eingegangen am 2. April 1998, Prot. Nr. 1293\Blatt 4.

PRÄSIDENT: Danke, damit wird die Debatte über diesen Abänderungsantrag eröffnet. Wer meldet sich zu Wort? ...im gleichen Paket...Herr Dr. Untersulzner wird es Ihnen zeigen.

Sollen wir es erläutern? Prego, assessore Romano per l'illustrazione dell'emendamento. Bitte.

ROMANO: Forse non ci sarebbe bisogno di illustrazione, perché la proposta è essenzialmente tecnica, cioè noi mettiamo anche la possibilità di iscrizione a chi abbia compiuto i 57 anni o più e mettiamo comunque un limite minimo di anzianità assicurativa di 5 anni.

Possono esservi delle sfasature, cioè una iscrizione, siccome c'è un termine, che sono sei mesi, può esserci un'iscrizione dopo il 57° anno di età, siccome bisogna comunque avere un'anzianità di 5 anni, può darsi che si vada un pochino al di là del 62° Quindi 62 anni in caso di iscrizione in cui i tempi coincidono perfettamente, si può sforare oltre il 62° nel momento in cui tra la data di iscrizione al fondo e la maturazione di cinque anni complessivi si vada oltre il 62°.

PRÄSIDENT: Danke für die Erläuterung. Das Wort hat der Abgeordnete Benedikter. Bitte schön.

BENEDIKTER: Ja, leider muß ich es wiederholen. Das was Assessor Romano sagt, wir müssen sozusagen Jahre zurückgewinnen usw., ist alles schön und recht, aber wir

müssen uns ja an die Grundsätze des Staatsgesetzes, des Reformgesetzes, halten, sonst kann der Staat das nicht durchlassen und alles andere auch nicht, wo man sagt: ja es müssen aber diejenigen, die nicht gezahlt haben, nachträglich zahlen können. Das kann alles sozusagen berücksichtigt werden, aber es gehört zur sozialen Fürsorge, für die das Land zuständig ist, es gehört zur sozialen Fürsorge. Es ist ja vom zuständigen Landesamt im Bericht vom vorigen Jahr auch wieder gesagt worden. Eigentlich sind 90% der Leistungen, die die Region erbringt, Fürsorgeleistungen, haben mit der sozialen Vorsorge, mit der Sozialversicherung nichts zu tun und das Land, das ja da Existenzminimum eingeführt hat, kann auch diese Leistungen erbringen, aber es ist Zuständigkeit des Landes und nicht der Region und man kann das nicht als Sozialversicherung führen gemäß den Grundsätzen, die der Staat eingeführt hat, selbstverständlich um eben eine Ordnung herbeizuführen. Es gibt schon lange ein Gesetz, um das Nationale Sozialversicherungsinstitut von den Fürsorgeleistungen zu entlasten, um es um 80.000 Milliarden jährlich zu entlasten, deshalb sollen diese Fürsorgeleistungen vom Staat erbracht werden.

Das gilt für Italien insgesamt bzw. für uns für das Land, das ja genügend Geld hat, aber man soll die Fürsorgeleistungen von den Vorsorgeleistungen, von den Sozialversicherungsleistungen eben getrennt halten. Die Sozialversicherung ist eben eine Sozialversicherung auf der ganzen Welt. Ich habe das Beispiel von Chile gebracht, was in Südamerika seit einem Jahrzehnt getan wird und wie das funktioniert, wo der Arbeitnehmer eine Sozialversicherung mit irgendwelchen privaten Unternehmen eingehen kann und er kann genau errechnen, wenn er soviel Jahre oder soviel Jahre zahlt, bekommt er dann soundso viel Rente, wenn er weniger zahlt, bekommt er weniger, wenn er mehr zahlt, bekommt er mehr, er kann es sich selber mit dieser Gesellschaft ausmachen und bekommt dabei das was heute der Arbeitgeber zurückbehält entsprechend mehr als Lohn ausgezahlt und mit diesem erhöhten Lohn geht er dann privat seine Sozialversicherung ein und macht sie aus wie er glaubt, wie lange er lebt und wie lange er noch arbeiten wird usw. und das ist dann eben die Sozialversicherung.

Italien hat ja ein Gesetz in diesem Sinne erlassen, mit dem es Grundsätze einführt, an die sich die Sozialversicherung halten muß und alles andere, wo diese Grundsätze nicht eingehalten werden können, ist soziale Fürsorge und die hat bei uns hier mit der Region gar nichts zu tun, sondern ist primäre Zuständigkeit der Provinz. Und wie gesagt der Bericht des Landesamtes sagt ja: 90% dieser Leistungen sind soziale Fürsorgeleistungen, für die das Land zuständig ist und die also mit Landesgesetz geregelt werden sollten und wo man dann nicht herumzustreiten braucht, ob soundso viel Jahre eingezahlt worden sind oder nicht. Man kann nicht auf der einen Seite sagen: Du bekommst die Sozialversicherung unterhalb der Altersgrenze und auf der anderen Seite wird dann doch wieder diese Sozialversicherung zu 90% aus der sozialen Fürsorge finanziert, wo das Land zuständig ist. Und da macht man jetzt Ausnahmen, die eben mit Sozialversicherung nichts zu tun haben, die gegen die Grundsätze der Sozialversicherung sind, weswegen ja das Sozialversicherungsinstitut eben 80.000

Milliarden Defizit hat und der Staat dreinzahlen muß und deswegen diese Reformgrundsätze eingeführt hat.

PRÄSIDENT: Möchte von den Abgeordneten noch jemand das Wort? Niemand? Dann schließe ich diesen Teil ab. Assessore, per la replica? No. Danke, dann stimmen wir ab über den Abänderungsantrag des Abg. Romano.

Wer schließt sich dem Antrag auf namentliche Abstimmung an? Danke, das genügt. Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte den Abg. Denicolò um die Verlesung der Namen. Fangen wir dieses Mal mit den Damen an. Wer hat die namentliche Abstimmung beantragt? Frau Mayr. Bitte schön Frau Mayr. Fangen wir mit der Frau Abg. Mayr an.

(segue votazione per appello nominale)

DENICOLO': Mayr C.(*ja*), Mayr J. (*ja*), Messner (*ja*), Minniti (*non presente*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*si*), Moser (*non presente*), Munter (*non presente*), Muraro (*non presente*), Pahl (*ja*), Palermo (*astenuto*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*no*), Romano (*si*), Saurer (*ja*), Tarfusser (*astenuta*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*astenuto*), Tretter (*non presente*), Valduga (*si*), Veccli (*non presente*), Viola (*si*), Willeit (*non presente*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*astenuta*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*astenuto*), Benedikter (*nein*), Benussi (*astenuto*), Berger (*ja*), Binelli (*si*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*astenuto*), Bondi (*astenuto*), Casagranda (*si*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*astenuto*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*si*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*non presente*), Giordani (*si*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*non presente*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*non presente*), Ianieri (*astenuto*), Kasslatte Mur (*ja*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*ja*), Kury (*astenuta*), Laimer (*ja*), Leitner (*non presente*), Leveghi (*astenuto*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	48
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	20

Damit ist der Abänderungsantrag genehmigt.

Wir kommen zum nächsten Antrag, immer Unterschrift Romano, Prot. 11721 vom 30. April 1998

Proposta di subemendamento all'articolo 3 ter

Dopo il comma 5 è inserito il seguente comma 5 bis:

„5 bis. Le disposizioni di cui all'ultimo periodo della lettera a) del comma 1 si applicano con decorrenza dal 1° gennaio 1996.“

Antrag zum Änderungsantrag zu Artikel 3\ter

Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 5\bis eingefügt:

„5\bis. Die Bestimmungen des letzten Satzes von Buchstabe a) des Absatzes 1 werden ab 1. Jänner 1996 angewandt.“

Wer möchte das Wort? Um Erläuterung ist gebeten worden. Prego, assessore.

ROMANO: Questo riguarda, signor Presidente, le collaborazioni coordinate e continuative, cioè è un nuova figura che si è aggiunta nel panorama delle contribuzioni previdenziali, una volta chi faceva delle collaborazioni saltuarie, oppure continuative, non era assicurato. Dal 1996 è invece prevista anche una forma di assicurazione, con il versamento famoso del 10% per chi fa questa attività. Quindi in teoria sarebbe un fondo pensioni, però un fondo pensioni molto ridotto e quindi sicuramente per i prossimi anni privo di effetti.

Prevediamo allora, siccome la normativa generale prevede la iscrivibilità per chi non è iscritto a fondi pensioni, in teoria questi sarebbero esclusi, noi prevediamo però la iscrivibilità al fondo pensione anche per chi fa collaborazione con l'età continuativa, che è iscritto ad un fondo però molto modesto.

Questa norma prevede la retroattività, nel senso di consentire l'iscrivibilità al nostro fondo pensione, anche per i collaboratori coordinati e continuativi, che hanno quel piccolo fondo improduttivo e quindi qui specifichiamo che la deroga vale dal 1996, cioè da quando è stata istituita questa legge.

Sono persone iscritte ad un fondo pensioni, che secondo la regola generale non potrebbero iscriversi alla pensione alle casalinghe, però siccome il loro è un fondo improduttivo al momento, è chiaro che dobbiamo dargli una deroga, altrimenti queste persone non potrebbero iscriversi al nostro fondo pensioni.

PRÄSIDENT: Möchte von den Abgeordneten jemand das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Die Feststellung der Beschlußfähigkeit ist beantragt worden. Namentliche Abstimmung. Ja, so brauchen wir eben den ganzen Tag, doppelt so lang, wenn es so weitergeht. Ja, das ist alles sehr schwierig, ich kann niemanden auf seinem Sessel anbinden, aber wir könnten vielleicht mit dem nächsten Geld eine Sitzgurte kaufen, die nicht aufgeht.

Ich bitte um den Namensaufruf. Bei wem fangen wir an? Wer hat den Antrag gestellt? Bei der Frau Kury fangen wir an. Es ist so, verehrte Abgeordnete, dadurch daß Sie alle draußen sind - die jetzt hereingekommen sind, ich meine natürlich nicht die anderen - wird laufend die Beschlußfähigkeit in Frage gestellt und laufend die namentliche Abstimmung beantragt. Damit dauert die Sitzung in der Nacht länger. Was soll ich Ihnen sagen? Wir beginnen mit der Frau Abg. Kury.

(segue votazione per appello nominale)

DENICOLO': Kury (*ja*), Laimer (*ja*), Leitner (*non presente*), Leveghi (*non presente*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*ja*), Messner (*ja*), Minniti (*non presente*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*si*), Moser (*non presente*), Munter (*non presente*), Muraro (*non presente*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*astenuto*), Romano (*si*), Saurer (*ja*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*astenuto*), Tretter (*non presente*), Valduga (*non presente*), Vecli (*non presente*), Viola (*si*), Willeit (*non presente*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*si*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*astenuto*), Benedikter (*astenuto*), Benussi (*astenuto*), Berger (*ja*), Binelli (*si*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*si*), Bondi (*astenuto*), Casagranda (*si*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*si*), Dalbosco (*astenuto*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*si*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*non presente*), Giordani (*si*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*non presente*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*non presente*), Ianieri (*si*), Kasslatte Mur (*ja*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*ja*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende	45
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	--
Stimmenthaltungen:	14

Damit ist der Abänderungsantrag genehmigt.

Wir kommen jetzt zurück zum Blatt Nr. 10724, 21. Jänner 1998. Timbro e data 21. gennaio 1998, prot.n.10724, Romano, Casagranda, Saurer usw. Die zweite Seitenhälfte, la parte superiore è già fatta, die untere Seitenhälfte.

Il comma 3 è sostituito dal seguente:

„3. Per coloro che alla data di entrata in vigore della presente legge abbiano superato il cinquantesimo anno di età e aderiscano all'assicurazione entro i termini di cui al comma 2, la pensione è corrisposta a decorrere dal mese successivo al compimento del sessantaduesimo anno di età e l'anzianità assicurativa è determinata raggiungendo al quinquennio di cui allo stesso comma 2 il periodo intercorrente tra l'età posseduta alla data della domanda e il compimento del cinquantesimo anno di età. In ogni caso sarà comunque dovuta una contribuzione complessiva rapportata a quindici annualità da ripartirsi proporzionalmente sugli anni di contribuzione.“

Al comma 4, dopo le parole „previgente normativa“ sono inserite le parole „che abbiano superato il quarantanovesimo anno di età alla data di entrata in vigore della presente legge.“

Auf deutsch bitte.

DENICOLÒ: Abänderungsantrag Romano und andere vom 21. Jänner 1998, Prot. Nr. 10724, Seite 2, zweite Hälfte.

Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. Für die Personen, die am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes das 50. Lebensjahr überschritten haben und der Versicherung innerhalb der Fristen gemäß Abs. 2 beitreten, wird die Rente ab dem auf die Vollendung des 62. Lebensjahres folgenden Monat ausbezahlt. Bei der Berechnung der Beitragsjahre wird dem Fünfjahreszeitraum gemäß Abs. 2 der Zeitraum zwischen dem am Tag der Gesuchstellung erreichten Alter und der Vollendung des 57. Lebensjahres dazugerechnet. Auf jeden Fall muß eine Gesamtbeitragsleistung vorgenommen werden, die 15 Jahresbeträgen entspricht, wobei diese auf die Beitragsjahre proportional aufzuteilen ist.“

In Abs. 4 werden nach den Worten „Die Personen,...sind“ folgende Worte hinzugefügt: „und am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes das 49. Lebensjahr vollendet haben“.

PRÄSIDENT: Wir werden jetzt auch die Übersetzung ins Deutsche gewährleisten, die natürlich immer vorgesehen ist, aber normalerweise nicht in Anspruch genommen wird, aber jetzt sind uns liebe Zuschauer auf der Tribüne, die das wünschen und somit wird das natürlich gemacht.

Der nächste Redner ist der Abg. Morandini. Prego, consigliere.

MORANDINI: Grazie Presidente. Questo è l'emendamento principale, su cui praticamente è da molto tempo che ci intratteniamo perché abbiamo discusso una serie di subemendamenti a questo emendamento. Purtroppo non è passato l'emendamento che prevedeva la pensione a 62 anni per tutti, è chiaro che a questo punto resta, come estrema ratio, la possibilità di consentire la pensione a 62 anni per le persone casalinghe che abbiano superato i 50 anni, fermo restando che, come dice l'emendamento, per le persone che non hanno ancora superato questa età resta il termine attualmente previsto.

Faccio presente che sarebbe stato certamente meglio approvare il conseguimento della pensione a 62 anni di età, in modo da ridurre il termine oggi previsto, perché in questi anni, anche a livello nazionale, si sta andando in questa direzione, comunque voteremo questo emendamento, proprio perché consente, per coloro che hanno già compiuto i 50 anni di conseguire la pensione all'età di 62 anni.

Faccio anche presente che è molto importante la norma, su cui ritorneremo, che consente l'utilizzo di contributi versati all'INPS e così pure i contributi per chi ha iniziato la costituzione di pensioni autonome, nel senso di dirottare questo versamento presso il fondo regionale, quindi far buoni i contributi versati per altri fondi previdenziali nazionali o autonomi nei confronti della pensione regionale.

PRÄSIDENT: Danke. Alfons Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ja kurz. Ich stelle wiederum fest, wir haben die Reformgrundsätze und wenn Italien ein Rechtsstaat ist, dann müssen eben diese Reformgrundsätze eingehalten werden, für die Sozialversicherung bitte, nicht für die soziale Fürsorge, und da steht eben in den Reformgrundsätzen von 1992, Gesetz von 1992, Nr. 421: „elevazione graduale del limite di età a 60 anni per le donne e 65 anni per gli uomini“ und dann wegen der Beitragszahlung steht: „graduale elevazione da 15 a 20 anni del requisito di assicurazione e contribuzione per il diritto a pension dei lavoratori dipendenti e autonomi“, was hier eben nicht eingehalten wird, sodaß das Gesetz eben rückverwiesen werden muß. Die Region hat ja nur ergänzende Gesetzgebungsbefugnis, sie muß sich an alle Grundsätze, an alle Bestimmungen, nicht nur an die Grundsätze, sondern an die Bestimmungen überhaupt des Staatsgesetzes halten, sie kann nur ergänzen, sie kann nicht von den klaren Bestimmungen des Staatsgesetzes abkommen. Alles andere, wie gesagt, sind Fürsorgeleistungen, die die Provinz übernehmen könnte, aber ich komme noch darauf zurück. Ich mache es kurz.

PRÄSIDENT: Danke, Moment, ein bißchen Geduld...ja, zuerst die Abgeordneten. Prego, cons. Ianieri.

IANIERI: Grazie signor Presidente. Signor assessore, ritengo che questo emendamento sia molto importante, visto che è stato respinto il precedente, dove si prevedeva che si poteva allargare l'opera del pensionamento a tutti quelli che avevano compiuto il 62° anno di età.

Penso che questo emendamento meriti la massima attenzione e anche da parte sua possa essere sostenuto. In sostanza che cosa chiediamo con questo emendamento? Che per coloro che alla data di entrata in vigore della presente legge abbiano superato il 50° anno di età e vogliono aderire all'assicurazione, possono avere la possibilità, pagandone il contributo dei cinque anni, il corrispettivo poi per i 15 anni, che è il necessario per poter acquisire questo diritto.

Pertanto dò il voto sicuramente favorevole, spero che lei parli e prenda la parola proprio a sostegno di questo emendamento:

PRÄSIDENT: Wenn niemand von den Abgeordneten mehr das Wort möchte, dann gebe ich das Wort dem Assessor Romano zur Replik.

ROMANO: Grazie Presidente. E' una norma così importante che devo richiamare l'attenzione dei colleghi, anche con qualche riferimento ai fogli, perché c'è tanto materiale. Allora il pacchetto di emendamenti di data 20 gennaio, che fu il primo, che è quello sul quale stiamo lavorando, a pag. 13 del pacchetto generale di emendamenti, porta i punti 2, 3 e 4, quello che in prima pagina porta tutte le nostre firme.

Credo che questo sia la parte più importante per quanto riguarda il discorso pensioni alle casalinghe. Noi abbiamo stabilito, come linea di principio, che la pensione si dà con 15 anni di contribuzione ed a 65 anni di età. collega Benedikter, non vorrei essere più autonomista di lei, che lo è da quasi 50 anni, però se volessi seguire la

normativa statale dovrei abbassare l'età a 58 anni, se l'aula è d'accordo per carità, perché oggi la pensione statale per una donna si prende a 58 anni, quindi se voglio seguire le sue norme devo ulteriormente abbassare l'età e non portarla a 65 anni.

Questo solo per chiarire che, se dovessimo veramente rispettare, rinunciando alla nostra autonomia, la norma statale, devo abbassare di 4 anni, si vada a vedere la legge, oggi la pensione di vecchiaia è data a 58 anni, lo faccio da 30 anni questo mestiere, cons. Benedikter.

Detto questo la norma principale prevede questo fatto. E' chiaro che ci volevano delle deroghe in fase transitoria, altrimenti se diamo la pensione a 65 anni ed abbiamo l'iscrizione a 55, 56, 57, 58 vanifichiamo la portata della legge, perché scatta quando la persona è ultrasettantenne o addirittura ottantenne.

Allora quali sono le principali deroghe. Primo, può iscriversi una persona che abbia raggiunto i 57 anni e versare le quindici annualità che mancano dai 57 ai 62 in cinque anni, praticamente pagando il triplo.

Secondo, il requisito dei 65 anni si applica a tutti quelli che hanno fino a 50 anni di età. Se uno si iscrive subito ed ha 50 anni di età, anziché prenderla a 65, come tutti quanti gli altri che si iscriveranno più avanti, la prende a 62 anni. Seconda deroga.

Cosa dice questo emendamento? Se uno si iscrive tra i 50 anni ed i 57, quando prende la pensione e quanto di soldi deve pagare e quale anzianità deve avere? La sua anzianità è determinata dal tempo che anca dalla sua età ai 61 anni, quindi l'anzianità si determina aggiungendo ai 5 anni quello che manca tra l'età che ha ed i 57 anni, ovvero se ho 50 anni devo contribuire per 12 anni, se ho 51 anni devo contribuire per 11 anni, se ho 56 per sei anni, se ho 57 per cinque anni. Questo significa questa norma, è una norma transitoria, per tutti coloro che si iscrivono dai 50 anni in poi l'anzianità è data dal tempo che manca dai 50 o 51 o 52 ai 62. Questa è la seconda norma.

La terza norma, il punto 4 modificato, riguarda chi già è iscritto secondo la vecchia legge, che può optare per la nuova legge che per certi versi è più favorevole.

Quindi è una norma transitoria che consente di recuperare la contribuzione nell'arco di 12 o meno anni con un minimo di 5.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Keine? Beschlußfähigkeit? Ist die namentliche Abstimmung wirklich notwendig? Ich glaube es dürfte schon gehen. Wer will unbedingt den Antrag auf namentliche Abstimmung? Bleibt er aufrecht Kollegin Mayr? Ist zurückgezogen. Wer stimmt für den Antrag des Abg. Romano und andere? Danke. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Mit 26 Ja-Stimmen und 20 Enthaltungen ist der Antrag ohne Gegenstimmen genehmigt worden.

Jetzt kommt der Art. 3ter in der durch die Abänderungsanträge genehmigten Fassung als Gesamtartikel zur Debatte und zur Abstimmung. Der Artikel ist bereits verlesen worden. Somit bitte ich um Wortmeldungen, Art. 3ter, es ist das erste Blatt vom Paket, wenn es bei Ihnen gleich ist. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke, wer

stimmt dagegen - 1 Stimme. Wer enthält sich der Stimme? - Zählen bitte. Bei 1 Gegenstimme, 20 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Artikel genehmigt.

Wir kommen jetzt zu 3\quater, den ich jetzt verlese:

1. Alla legge regionale 27 novembre 1993, n.19 sono apportate le seguenti modifiche:

a. All'articolo 1, comma 1 le parole „e siano stati iscritti all'Ufficio di collocamento per un periodo successivo al licenziamento superiore a tre mesi“ sono sostituite dalle parole „purchè lo stato di disoccupazione si sia protratto per almeno 90 giorni e i richiedenti risultino regolarmente iscritti nelle liste di collocamento.“

b. All'articolo 1, comma 1, dopo le parole „indennità di mobilità prevista dalla legge 23 luglio 1991, n. 223“, sono inserite le parole „ma siano in possesso dei requisiti di cui all'articolo 16 della medesima legge“.

c. L'articolo 5 è sostituito dal seguente:

„(Domanda e decorrenza)

1. L'indennità regionale decorre dal primo giorno successivo al licenziamento ed è corrisposta a domanda da presentarsi entro 60 giorni dal licenziamento stesso. Decorso tale termine, viene meno il diritto al percepimento della stessa, salvo quanto disposto al comma 2.

2. Qualora la domanda venga presentata dopo il termine previsto al comma 1, l'indennità regionale decorre dal giorno successivo alla presentazione della domanda e viene corrisposta per il periodo residuo fino ad un massimo di dodici mesi dalla data del licenziamento.“

2. Le disposizioni di cui al comma 1 si applicano con decorrenza dalla data di entrata in vigore della legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, previa domanda da presentarsi entro sei mesi dalla data di entrata in vigore della presente legge.“

3. Modifica alla legge regionale 1° agosto 1996, n. 3

1. L'articolo 40 della legge regionale 1° agosto 1996, n. 3 trova applicazione anche nei confronti del personale cessato dal servizio a partire dal 1.1.1991, dipendente da IPAB che, in ragione della loro precedente natura privatistica, avevano costituito un fondo di previdenza integrativa anteriormente alla loro pubblicizzazione.“

Jetzt lesen wir das auf deutsch. Ich bitte den Abg. Denicolò.

DENICOLÒ: Art. 3\quater - Änderungsantrag von Assessor Romano und anderen.

1. Das Regionalgesetz vom 27. November 1993, Nr. 19 wird wie folgt geändert:

a. In Artikel 1 Absatz 1 werden die Worte „sowie beim Arbeitsvermittlungsamts seit mehr als drei Monaten nach der Entlassung eingetragen sind“ durch folgende ersetzt: „sofern die Arbeitslosigkeit mindestens 90 Tage dauerte und die Antragsteller ordnungsgemäß in den Arbeitsvermittlungslisten eingetragen sind.“

b. In Artikel 1 Absatz 1 werden nach den Worten „mit dem Gesetz vom 23. Juli 1991, Nr. 223 vorgesehene Mobilitätzulage besitzen“ folgende Worte eingefügt: „aber die Voraussetzungen gemäß Artikel 16 desselben Gesetzes erfüllen“.

c. Artikel 5 wird wie folgt ersetzt:

„(Antrag und Ablauf)

1. Die Regionalzulage wird ab dem ersten Tag nach der Entlassung zuerkannt und wird auf Antrag entrichtet, der innerhalb von 60 Tagen nach der Entlassung zu stellen ist. Nach Ablauf dieser Frist wird unbeschadet der Bestimmung von Absatz 2 das Bezugsrecht hinfällig.

2. Falls der Antrag nach der in Absatz 1 vorgesehenen Frist gestellt wird, wird die Regionalzulage ab dem auf die Antragstellung folgenden Tag zuerkannt und wird für die restliche Zeit bis höchstens zwölf Monate ab dem Tag der Entlassung ausbezahlt.“

2. Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 werden ab dem Tag des Inkrafttretens des Regionalgesetzes vom 27. November 1993, Nr. 19 nach vorherigem Antrag angewandt, der innerhalb von sechs Monaten ab Inkrafttreten dieses Gesetzes zu stellen ist.“

3. Änderung des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3

1. Artikel 40 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3 wird auch auf das ab dem 1.1.1991 aus dem Dienst geschiedene Personal angewandt, das bei ÖFWE (IPAB) angestellt war, die wegen ihrer vorherigen privatrechtlichen Natur einen Vorsorgeergänzungsfonds vor der Annahme des Öffentlichkeitscharakters eingerichtet hatten.“

PRÄSIDENT: Subantrag Prot. Nr. 11751 vom 7. Mai 98, ist heute verteilt worden. Subemendamento art. 3\quater di Romano.

Dopo il comma 3 è aggiunto il seguente comma:

„4. Modifiche all’art. 1 della legge regionale 27 novembre 1995, n.12.“

Dopo il comma 6 è aggiunta il seguente comma:

„7. Per gli atti emanati nell’esercizio delle funzioni amministrative delegate con la presente legge è ammesso ricorso, entro sessanta giorni, alla Giunta provinciale territorialmente competente, la quale deciderà in via definitiva.“

DENICOLÒ: Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu Art. 3\quater (Assessor Romano)

Nach Absatz 3 wird der nachstehend angeführte Absatz hinzugefügt:

„4. Änderungen zum Art. 1 des Regionalgesetzes vom 27. November 1995, Nr. 12.“

Nach Absatz 6 wird der nachstehend angeführte Absatz hinzugefügt:

„7. Gegen die in Ausübung der mit diesem Gesetz übertragenen Verwaltungsbefugnisse erlassenen Akte kann innerhalb von sechzig Tagen beim gebietsmäßig zuständigen Landesausschuß Beschwerde eingelegt werden, der endgültig entscheidet.“

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Subantrag zu Wort? Assessor Romano würden Sie ihn bitte erläutern.

ROMANO: E' chiaro, signor Presidente, che prima di votare bisogna capire, queste credo siano delle disposizioni che faranno piacere sicuramente al collega Gasperotti, perché modificano in meglio delle normative in materia di indennità di mobilità regionale e provinciale, chiamatela come volete.

La prima parte si tratta di articoli principalmente tecnici, chiaramente per il godimento dell'indennità di mobilità è prevista l'iscrizione all'ufficio di collocamento ed entro un certo periodo. La norma attuale ha presentato delle difficoltà in caso di tardata iscrizione, per almeno 90 giorni, agli uffici di collocamento; noi chiariamo la portata e parliamo di stato di disoccupazione per almeno 90 giorni e comunque iscrizione all'Ufficio di collocamento, quindi non iscrizione per 90 giorni all'Ufficio di collocamento, perché abbiamo le iscrizioni con qualche giorno di ritardo, parliamo di stato di disoccupazione, documentato, che si protrae per almeno 90 giorni e iscrizione comunque alle liste di collocamento.

La lettera b) riguarda sempre la mobilità provinciale e voi sapete che la stessa è esclusa per chi goda della mobilità nazionale. La nostra legge però la dà a tutti quelli che non godono di quella nazionale, che siano stati licenziati da imprese o meno, ma non prevede come quella nazionale un'anzianità di iscrizione, purtroppo abbiamo avuto dei casi di iscrizione e licenziamento qualche mese dopo e poi i 12 mesi di mobilità, non è giusto e non è corretto. Allora prevediamo che anche la mobilità provinciale la si dia a chi sia in possesso dei requisiti di legge e cioè una certa anzianità aziendale comunque, per evitare qualche giochino.

Per quanto riguarda la lettera c) si parla di decorrenza di questa indennità, anche questo credo sia migliorativo perché fino adesso chi si iscriveva dopo un certo termine perdeva tutto, con questa norma chi si iscrive dopo un certo termine perde solo il pregresso, il passato, non perde anche il futuro, quindi mi sembrava una cosa di giustizia.

Veniamo al punto 3, che sicuramente è un po' sibillino, perché qualcuno ha chiesto di spiegare di cosa si tratta. Questa normativa è la integrazione a carico dell'ente pubblico della indennità di buonuscita, trattamento di fine rapporto, liquidazione, chiamatela come volete; sapete che fino al 1993 la integrazione della liquidazione la dava solo la Regione e la Provincia per i propri dipendenti, quindi oltre a quello che pagava l'istituto previdenziale nazionale c'era un'integrazione per i regionali ed i provinciali e le camere di commercio, nel 1993, ero io assessore agli enti locali, estendemmo giustamente anche a carico dei comuni l'obbligo della integrazione della

buonuscita e lo abbiamo fatto anche per quanto riguarda le IPAB, quindi per chiudere la buonuscita a carico dell'ente.

E' una legge, se vogliamo, discutibile o meno, comunque ormai a carico degli enti c'è questa integrazione. Abbiamo delle situazioni particolari di IPAB, le quali in un primo tempo davano l'integrazione della buonuscita, successivamente la legge ha vietato l'integrazione della buonuscita, fino al 1993 quando poi la hanno ridata e le IPAB hanno continuato ad accantonare fondi per la integrazione della buonuscita, almeno per quanto riguarda il 1991 in poi. Saniamo questa stortura dando la possibilità alle IPAB, visto che dal 1996 in poi lo si dà, c'è un periodo di transizione dal 1991 al 1993-94, diciamo che le IPAB che hanno accantonato fondi per l'integrazione della buonuscita possano liberare questi fondi, dando l'integrazione della buonuscita ai propri dipendenti, in modo da chiudere anche questo periodo transitorio, in cui i fondi erano accantonati, ma la legge li vietava di pagare l'integrazione, tutto qui.

PRÄSIDENT: Danke für die Erläuterung Herr Assessor Romano. Damit eröffne ich die Debatte zu diesem Subantrag des Assessors Romano. Niemand meldet sich zu Wort, dann stimmen wir ab. Prego, cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: Ho seguito le spiegazioni che forniva ora l'assessore Romano, ha avuto il buon gusto di dire che poteva essere discutibile quella sua decisione del 1993 di allargare una forma di privilegio, che già a quell'epoca tutti capivano che era un privilegio non da estendere, ma da abolire in capo a coloro che ne beneficiavano.

Volevo comunque domandare all'assessore Romano se egli è a conoscenza che con una legge del 1996 per tutti i dipendenti comunali, IPAB e provinciali l'istituto della buonuscita è definitivamente tramontato, perché come lui dovrebbe sapere è stato trasformato l'istituto dell'indennità premio di servizio, conosciuta come buonuscita, in trattamento di fine rapporto. Quindi con il 1° gennaio 1997 tutti i dipendenti pubblici della provincia di Trento, provincia, comuni, IPAB, non hanno più l'indennità premio di servizio, ma hanno il TFR.

Quindi volevo sapere se questo articolo tiene conto di questo fatto, della trasformazione avvenuta per i dipendenti pubblici della provincia di Trento.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Niemand. Dann schließe ich ab, prego assessore per la replica.

ROMANO: Velocissimo. Se si legge l'articolo è personale cessato dal servizio dal 1991, fino a quando la norma, automaticamente, non è decaduta, quindi riguarda delle situazioni che valgono per prima della rettifica definitiva, chiaramente.

PRÄSIDENT: Dann stimmen wir jetzt ab. Es wird die Beschlußfähigkeit beantragt. Ich bitte also zu zählen, prego contare, cons. Divina. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist. Insiste ancora sull'appello nominale, assessore Romano? Ha ritirato la richiesta, assessore?. Also, wer dafür ist, der möge bitte die Hand erheben. Wer schließt sich dem

Antrag um Namensaufruf an? Prego, va bene. Also Namensaufruf. Wir beginnen mit der Frau Abg. Zendron, immer mit den Damen, immer mit den Damen. Ho il dovere di fissare con chi incomincia l'appello. Ich möchte nur auf die Schwierigkeit aufmerksam machen, daß die Arbeiten durch all diese Anträge sehr langsam weitergehen, aber wie dem auch sei, wir werden uns in Geduld üben und in der Nacht nachholen was wir bei Tag versäumen. Also, wird beginnen mit dem Namensaufruf, mit dem Aufruf der Frau Kollegin Alessandra Zendron. Allora prego incominciare l'appello con la consigliere Zendron.

(segue votazione per appello nominale)

DIVINA: Zendron (sì), Achmüller (ja), Alessandrini (astenuto), Andreotti (non presente), Atz (ja), Benedetti (astenuto), Benedikter (astenuto), Benussi (no), Berger (ja), Binelli (sì), Boldrini (astenuto), Bolzonello (no), Bondi (astenuto), Casagranda (sì), Chiodi-Winkler (astenuta), Cigolla (sì), Conci-Vicini (sì), Dalbosco (astenuto), Delladio (non presente), Denicolò (non presente), De Stefani (non presente), Di Puppo (non presente), Divina (astenuto), Durnwalder (non presente), Fedel (non presente), Feichter (ja), Frasnelli (non presente), Frick (non presente), Gasperotti (sì), Giordani (sì), Giovanazzi (sì), Grandi (non presente), Holzer (non presente), Holzmann (no), Hosp (non presente), Ianieri (sì), Kasslatter Mur (ja), Klotz (astenuta), Kofler (ja), Kury (astenuta), Laimer (ja), Leitner (ja), Leveggi (non presente), Mayr C.(ja), Mayr J. (ja), Messner (ja), Minniti (non presente), Montefiori (non presente), Morandini (sì), Moser (non presente), Munter (ja), Muraro (non presente), Pahl (ja), Palermo (astenuto), Pallaoro (sì), Panizza (sì), Passerini (astenuto), Peterlini (ja), Pinter (astenuto), Romano (sì), Saurer (ja), Tarfusser (ja), Taverna (astenuto), Tosadori (astenuto), Tretter (sì), Valduga (sì), Vecchi (non presente), Viola (non presente), Willeit (non presente), Zanoni (non presente).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	49
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	14

Damit ist der Subantrag genehmigt.

Damit kommt der Hauptantrag in dieser neuen abgeänderten Form - 3\quater - wir haben ihn schon gelesen. Jetzt haben wir ihn abgeändert. Wir kommen also zurück zum Hauptantrag. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr, dann stimmen wir ab. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge die Hand erheben. Chi è a favore alzi la mano. Wir sind in Abstimmung. Ich sehe die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Keine Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? 11 Enthaltungen, keine Gegenstimme. Der Artikel ist mehrheitlich genehmigt. Bitte, Frau Abg. Zendron.

ZENDRON: Chiedo la verifica del voto, perché ritengo che in aula non ci sia il numero legale. Quindi la prego di fare la verifica del voto per appello nominale.

PRÄSIDENT: Einen Augenblick, ich muß jetzt in die Geschäftsordnung schauen. Ich bitte jetzt den Fraktionssprecher der Mehrheit - vor allem Atz und die Frau Conci, prego i signori capigruppo soprattutto della maggioranza - zu schauen, daß die Abgeordneten da bleiben, weil wir so nicht arbeiten können, wir brauchen dreimal soviel Zeit. Ich darf die Geschäftsordnung konsultieren. Ich glaube es ist zulässig was Sie gefragt haben, Frau Abg. Zendron, aber ich möchte nur sicher sein. Wenn Sie nicht im Saal bleiben, brauchen wir die ganze Nacht und werden noch nicht fertig.

Art. 95: Die Abstimmung durch Handerheben, durch Aufstehen oder Sitzenbleiben ist der Gegenprobe unterworfen, wenn diese sofort nach Verkündung des Ergebnisses beantragt wird, Frau Abg. Zendron. Sollten auch über das Ergebnis der Gegenprobe noch Zweifel herrschen, wird zur Abstimmung durch Namensaufruf geschritten. Also, nur wenn noch Zweifel sind, aber nachdem die Gegenprobe beantragt worden ist, wird jetzt noch einmal durch Handerheben abgestimmt, in der gleichen Form, nur beim dritten Mal wird dann der Namensaufruf gemacht.

Wer ist mit dem Antrag einverstanden? Bitte die Hand erheben. Bitte zählen, in diesem Fall müssen wir zählen. 26 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 11 Stimmenthaltungen. Gegenstimmen waren keine. 26 Ja-Stimmen, 11 Stimmenthaltungen, keine Gegenstimmen. Damit ist der Artikel genehmigt.

Abg. Atz, ich bitte mit den Leuten zu reden. So geht es nicht mehr, wir verbrauchen dreimal so viel Zeit. Wenn sie jedesmal nur hereinkommen, wenn die Beschlußfähigkeit verlangt wird, dann wird laufend die Beschlußfähigkeit, der Namensaufruf, verlangt und es dauert jedesmal zehn Minuten.

Anche la Signora Conci pregherei di parlare una parola seria con i membri del gruppo.

Dann gehen wir weiter.

3quinques, Protokoll 10722, Pinter, Gasperotti, Vincenzo Passerini, Dalbosco, Bondi, Benedetti, Chiodi, Leveggi, Zendron und Kury.

Der Abg. Divina verliest die Artikel in italienischer Sprache, prego

DIVINA: Dopo l'art. 3 quater introdotto dall'emendamento sono introdotti i seguenti articoli:

„Art. 3 qinquies

(Sviluppo di un fondo previdenziale di integrazione al reddito minimo)

1. La Giunta regionale entro 180 giorni dalla data di approvazione della presente legge verificherà la fattibilità finanziaria di un fondo previdenziale di integrazione al reddito minimo definito come al successivo articolo 3 septies, che dia

piena attuazione all'articolo 6 dello Statuto speciale di autonomia, e razionalizzi e semplifichi la normativa regionale vigente in materia di previdenza perseguendo obiettivi di equità e solidarietà sociale.

2. La Giunta regionale ha facoltà di elaborare un regolamento di attuazione delle disposizioni del seguente capo, sulla base dello studio di fattibilità di cui al comma 1, del parere obbligatorio della Commissione legislativa competente in materia, delle due Province autonome, delle organizzazioni sindacali e degli operatori economici più rappresentativi.

3. La Giunta regionale ha facoltà di deliberare l'applicazione del regolamento di attuazione di cui al comma 2, dando con esso esecutività alla disposizioni di cui alle leggi regionali 24 maggio 1992 n. 4, ad eccezione di quelle di cui al capo IV e V, 25 luglio 1992 n. 7, 28 febbraio 1993 n. 3, 27 novembre 1993 n. 19, e delle successive modificazioni.

4. In caso di applicazione delle disposizioni di cui al presente capo, i soggetti che abbiano in precedenza aderito agli schemi previdenziali di cui alle leggi regionali 24 maggio 1992 n. 4, ad eccezione di quelli di cui al capo IV e V, 28 febbraio 1993 n. 3, avranno diritto alla restituzione degli importi versati.

PRÄSIDENT: Auf deutsch bitte Abg. Denicolò.

DENICOLÒ: Nach dem mit dem Änderungsantrag eingefügten Art. 3\quater werden die nachstehend angeführten Artikel eingefügt:

„Art. 3\quinquies

(Errichtung eines Vorsorgefonds, mit dem ein Beitrag zwecks Erreichung des Mindesteinkommens gewährt werden soll)

1. Innerhalb von 180 Tagen ab Inkrafttreten dieses Gesetzes überprüft der Regionalausschuß die finanzielle Machbarkeit eines Vorsorgefonds, mit dem ein Beitrag zwecks Erreichung des im nachstehenden Art. 3\septies festgesetzten Mindesteinkommens gewährt werden und mit welchem Artikel 6 des Sonderstatuts voll und ganz zur Anwendung gebracht und die geltenden Bestimmungen im Sachbereich der Vorsorge rationalisiert und vereinfacht werden sollen, wobei die Grundsätze der Gleichheit und sozialen Solidarität verfolgt werden sollen.

2. Der Regionalausschuß kann eine Durchführungsverordnung zu den im nachstehenden Kapitel enthaltenen Bestimmungen ausarbeiten, und zwar auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie gemäß Absatz 1, des obligatorischen Gutachtens der auf diesem Sachgebiet zuständigen Gesetzgebungskommission, der beiden autonomen Provinzen, der Gewerkschaftsorganisationen und der repräsentativsten Wirtschaftsverbände.

3. Der Regionalausschuß kann die Anwendung der Durchführungsverordnungen gemäß Absatz 2 beschließen, wodurch die Bestimmungen gemäß diesem Kapitel durchführbar werden. In diesem Falle werden die Bestimmungen

der Kapitel IV und V, und der Regionalgesetze vom 25. Juli 1992, Nr. 7, vom 28. Februar 1993, Nr. 3 und vom 27. November 1993, Nr. 19 mit den späteren Änderungen nicht mehr angewandt.

4. Im Falle der Anwendung der in diesem Kapitel enthaltenen Bestimmungen haben die Personen, die in der Vergangenheit dem im Regionalgesetz vom 24. Mai 1992, Nr. 4 - mit Ausnahme der im Kapitel IV und V angeführten Vorsorgeformen - und den im Regionalgesetz vom 28 Februar 1993, Nr. 3 vorgesehenen Vorsorgeformen beigetreten sind, Anrecht auf Rückerstattung der eingezahlten Beträge.“

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Siamo in discussione dell'emendamento prot. n. 10722. Lei intende illustrarlo cons. Pinter? Prego.

PINTER: Grazie Presidente. Con questa proposta emendativa intendo sollevare un problema molto importante e del quale ne avevo già discusso in sede di discussione generale del disegno di legge ed è la questione relativa all'integrazione del reddito minimo, posta come orizzonte necessario, utile, credo indispensabile per garantire una completa protezione sociale dei cittadini che vivono nella Regione del Trentino-Alto Adige. In altre parole, con questo pacchetto famiglia sono stati introdotti numerosi istituti di assistenza alle famiglie, di integrazione di fatto del loro reddito, a fronte di particolari situazioni, tanto quelle di disoccupazione, tanto quelle di stagionalità, tanto quelle di cura dei familiari, di cura dei figli, eccetera.

Le numerose previsioni di questo pacchetto famiglia, fanno sì che noi diamo una mano alle famiglie, alle persone nelle situazioni di bisogno e talora in situazioni di non bisogno, non torno su tale questione, perché è stata affrontata da molti, però indubbiamente erogare alcuni istituti, a prescindere anche dalle condizioni reddituali, si compie un'azione non esattamente di redistribuzione della ricchezza, di giustizia sociale, ma una redistribuzione del reddito, che finisce paradossalmente per premiare coloro i quali hanno un reddito sufficiente per accedere agli istituti e non coloro i quali non hanno la possibilità di pagarsi delle assicurazioni, delle integrazioni, delle previdenze per ottenere un beneficio.

Allora perché in aggiunta a tutti questi istituti noi non valutiamo poi, questo articolo dà soltanto una facoltà alla Giunta di verificare la fattibilità, un istituto fondamentale, cioè laddove in definitiva ci poniamo il problema di quei cittadini che per qualsiasi motivo, assenza di lavoro, lavoro parziale, lavoro stagionale, necessità di cura delle famiglie e quant'altro, si trovano nella condizione di non avere un reddito sufficiente per il sostentamento proprio della famiglia.

Allora credo che da questo punto di vista non dobbiamo inventarci 152 forme di assistenza, a seconda di 152 bisogni, ma sostanzialmente evidenziamo che, accanto alla politica dei servizi, l'ente pubblico si pone il problema laddove i servizi da

soli non danno risposte, di integrare il reddito, cosa che noi facciamo con tante forme e tanti modi, ma non ci poniamo il problema di quelle persone che non sono in grado di pagarsi il fondo integrativo, non sono in grado di pagarsi un'assicurazione per 15 anni, per ottenere poi in caso di bisogno un'assicurazione, stati di bisogno che si determinano oltretutto a prescindere dall'età e che quindi possono riguardare anche persone ancora in età giovane.

Con questo non voglio dire che si debba fare assistenza indiscriminata, perché qua evidentemente stabilisco delle condizioni precise, cioè il fatto che non si può evidentemente rifiutare un lavoro e poi pretendere di avere l'integrazione del minimo e quindi c'è una dettagliata descrizione delle condizioni per l'erogazione e l'integrazione al reddito minimo, quindi è subordinata all'accertamento di un reale stato di bisogno e non perché una persona fa la furba e vuole godere del beneficio e dell'assistenza dell'ente pubblico. A queste precise condizioni credo che dovremo fare una verifica sulla fattibilità di questo fondo previdenziale di integrazione al reddito minimo.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Conci, ne ha la facoltà.

CONCI-VICINI: Grazie Presidente. Velocemente per dire, rispetto a questo emendamento proposto, che qui si prevede è vero la verifica di fattibilità del fondo, però qualora si andasse ad istituire un fondo di questo tipo, credo si vada nella direzione di istituire qualcosa per il quale già le due Province stanno intervenendo; sappiamo che in molte regioni d'Italia non esiste il discorso del minimo vitale, che qui da noi invece, sia in Trentino, che in Alto Adige, già sono operanti e già vedono un adeguamento annuale ai limiti di reddito e quindi un innalzamento dello stesso minimo vitale rispetto all'andamento del costo della vita.

Allora credo che basterebbe agire in quella direzione, innalzando ulteriormente le quote che annualmente vengono poi erogate. Mi sembra un po' macchinosa tale questione del fondo, anche perché prevederebbe tra l'altro, nell'art. 3 septies che questo fondo venga istituito con le contribuzioni dei lavoratori e dei datori di lavoro. Allora questo ci riporta nella situazione che abbiamo riscontrato con il collega Saurer, allorché abbiamo parlato del fondo di non autosufficienza, quando sia gli imprenditori, sia i lavoratori, sia i sindacati hanno contrastato questo provvedimento, per il quale stiamo lavorando, sul quale penso che arriveremo prima o poi a trovare una strada di percorso che ci permetta nella situazione di non autosufficienza questa possibilità di assicurazione che uno già prevede nell'età lavorativa.

Credo che attivare un fondo a queste condizioni, dal momento che già esiste una tutela ed una protezione di tipo sociale ed economica per le famiglie svantaggiate e che questo è possibile eventualmente innalzando le contribuzioni che annualmente vengono date, mi pare una via più agevole rispetto alla costituzione di un fondo, che andrebbe incontro a tutta una serie di problemi, quali quelli che ho indicato prima.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? La parola all'assessore Romano.

ROMANO: Per riprendere alcuni concetti già esplicitati dalla collega Conci, vorrei fare un discorso di carattere tecnico. L'ho già detto nel mio intervento provinciale, ci stiamo avviando ad una congerie di norme in materia di invalidità civile, in materia di assistenza agli anziani, adesso anche in materia previdenziale, che finiscono per pestarsi i piedi l'una con l'altra. A livello provinciale abbiamo già l'istituto del minimo vitale, che ha bisogno - per quanto riguarda la provincia di Trento - di una completa rivisitazione, perché così com'è non è che brilli.

Il punto debole di tutta questa impalcatura è il comma 3 dell'art. 3 septies, laddove si dice: "Le persone residenti in Regione, percettori di redditi dal lavoro dipendente o autonomo, sono tenuti alla contribuzione al Fondo..."; sappiamo benissimo che questo non potrà mai avvenire se non per accordo tra le parti ed è tutto da vedere se giuridicamente è anche perseguibile tale strada, abbiamo già il fondo complementare, che ha avuto una gestazione difficilissima, proprio perché le parti per certi versi non ci sentivano, poi alla fine si è riusciti a far comprendere che una parte dei soldi della liquidazione possono andare anche al fondo complementare.

Si è aperto un discorso enorme, devo dare atto con grande competenza e passione dal collega Saurer, per il fondo non autosufficienti, eppure da quello che vedo dobbiamo riflettere un attimo, perché non c'era l'accordo fra le parti. Come si può pensare che davanti ad una situazione di questo genere si possa obbligare - già con la contribuzione alle stelle che hanno - datori di lavoro e lavoratori autonomi ad una ulteriore contribuzione per il reddito minimo, cioè per dare soldi a chi non li ha. La prima risposta che darebbero: ma come? Provincia, Regione, avete competenza, avete soldi, dobbiamo noi finanziare un qualche cosa che dovrebbe andare a carico della collettività!

E' proprio questo punto 3 che dimostra questa ottima intenzione, però ha i piedi di argilla proprio perché parte da un concetto inapplicabile, come quello di costringere datori di lavoro e lavoratori autonomi obbligatoriamente a pagare una cosa che nessuna legge può obbligare a pagare, non abbiamo potestà impositiva noi come Regione o come Provincia autonoma in questo senso, se cade questo andiamo fuori dal discorso previdenziale e torniamo nell'assistenziale provinciale. Se poi si vuol dire che la Regione ha la possibilità di finanziare queste iniziative delle Province, le quali sono sempre un po' a corto di soldi, allora diciamolo con chiarezza e troviamo un altro sistema, non è la prima volta che la Regione, vedi finanziamenti per le case di riposo, vedi altri finanziamenti, viene in aiuto economico alle Province, però se cade, come credo perché improponibile, il discorso dell'obbligo contributivo, siamo fuori della nostra materia e quindi non possiamo dare il minimo vitale contrabbandato, così mascherato.

Quindi se non c'è contribuzione non c'è prestazione, allora tanto vale che facciamo un ragionamento serio, rivediamo la materia del minimo vitale, perché così com'è non funziona, su tanto sono d'accordo.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pinter per la replica.

PINTER: Grazie Presidente. Ho ascoltato con attenzione le argomentazioni dell'assessore Romano, chiaro che molte delle cose che lui ha detto corrispondono al vero, d'altronde avevo precisato che questa proposta emendativa costituiva una sorta di stimolo alla discussione, di provocazione per alcuni aspetti, anche perché non istituiva, ma dava mandato alla Giunta ed alle Province di verificare la percorribilità di un istituto di questo tipo, ma soprattutto lo scopo dell'emendamento era di risottolineare la necessità che noi non possiamo continuare ad integrare gli istituti che abbiamo, ad ampliare gli istituti che abbiamo, a modificare nuove previdenze, ad estenderle, ad avere una politica che in Provincia si fanno delle cose, in Regione se ne fanno delle altre, senza che ci sia quel minimo di integrazione, ne abbiamo parlato anche recentemente in provincia di Trento, rispetto agli assegni di invalidità o rispetto alle provvidenze per gli anziani, quello che facciamo con la mano sinistra lo neghiamo con la mano destra, quello che si fa in Regione non corrisponde a quello che si fa in Provincia, quello che fa lo Stato di riforma non corrisponde agli impianti di riforma nostri.

Allora è evidente che bisognerebbe agire con nuove categorie di ragionamento sociale, cioè laddove in pratica ci poniamo il problema di rivedere radicalmente l'impianto degli strumenti previdenziali e assistenziali della realtà regionale, provinciale e statale, laddove ci poniamo il problema, giustamente qualcuno l'ha riconosciuto, rivedere ad esempio il minimo vitale, perché così com'è concepito non è sufficientemente adeguato o comunque non risponde alle necessità, rivedere buona parte degli stessi strumenti del pacchetto famiglia, laddove come criterio di verifica usiamo quello di capire se risponde ai bisogni, non se soddisfa gli elettori dell'assessore Romano o gli elettori dell'assessore Conci o gli elettori del cons. Pinter, ma se soddisfa le situazioni di bisogno sociale e reale che ci sono nella nostra Regione e che non sempre vengono raggiunti puntualmente dall'insieme spesso confuso, spesso burocratico, spesso scavalco e spesso irrazionale dell'intero pacchetto famiglia e degli interi strumenti previdenziali ed assistenziali che abbiamo a disposizione.

Una sorta quindi di invito a ragionare, a ripensare, ad avere il coraggio di riformare e non soltanto di distribuire soldi, perché la Regione ha a disposizione questi soldi.

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz **Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Ich bitte um Entschuldigung Abg. Gasperotti. Non è più possibile. Era la replica del presentatore. Grazie.

Wir stimmen jetzt über den Antrag ab. Beschlußfähigkeit? Sind Sie ganz sicher, Frau Abgeordnete? Gut, dann müssen wir es machen. Schön. Die Beschlußfähigkeit wird festgestellt. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Der Abänderungsantrag des Abg. Pinter kommt zur Abstimmung. Chi è a favore alzi la mano. Troppo tardi. 11 Gegenstimmen. Wer ist dafür? Bitte die Hand erheben und oben halten. Bitte zählen. Zählen bitte. Wer ist dagegen? Entschuldigung - lapsus. Wer ist

dagegen? Hände bitte oben halten, wir müssen verifizieren. Es ist zwar gleich, weil doch die Mehrheit ist. 27. Wer enthält sich der Stimme? Zwei Enthaltungen. Damit haben wir welches Ergebnis? 11 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Der Abänderungsantrag ist abgelehnt.

Ich habe da Probleme, Abg. Pinter. Collega Pinter un attimo di attenzione, perchè ci sono dei problemi. 3\sexies, 3\septies und 3\octies sind mit dem abgelehnten 3\quinquies verbunden und können damit also nicht mehr zur Abstimmung kommen - sono collegati con 3\quinquies e secondo il parere degli uffici sarebbero in contrasto con l'esito della votazione. Art. 3\novies -bitte collega Divina. Anche il novies. Cade tutto. Mi hanno detto solo fino a octies. Un attimo di pazienza, bitte. Tutti. D'intesa con il presentatore si dichiarono decaduti. Grazie. Tut mir leid, Abg. Pinter. Dann kommen wir jetzt zu Art. 4.

Art. 4 Proposta di emendamento all'art. 4. Come proposta Pinter tra l'altro 4 - Fondo di copertura previdenziale, prego cons. Divina. Wir kommen jetzt zum Art. 4. Das andere ist erledigt.

DIVINA: L'articolo 4 è sostituito dal seguente:

Art. 4

(Fondo di copertura previdenziale per l'assistenza ai non autosufficienti)

1. Fatte salve le attribuzioni in materia di previdenza e assicurazioni sociali di cui all'articolo 6 del DPR 31 agosto 1972, n. 670, in attesa di un'organica disciplina in campo nazionale della copertura previdenziale dell'assistenza ai non autosufficienti, è assegnato annualmente, a partire dall'esercizio 1998, un importo pari a lire 5.000 milioni a ciascuna Provincia autonoma, destinato alla copertura degli oneri derivanti da interventi di assistenza a favore delle persone non autosufficienti. Tale importo viene liquidato sulla base di un programma di intervento a favore dei cittadini residenti in Regione e che versino in condizioni di non autosufficienza.

2. Gli articoli da 5 a 12 sono soppressi.”

PRÄSIDENT: Auf deutsch bitte.

DENICOLÒ: Art. 4. Abänderungsantrag. Art. 4 wird wie folgt abgeändert:

Art. 4

(Einrichtung des Fonds für die soziale Pflegeversicherung)

1. Vorbehaltlich der Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Vorsorge und Sozialversicherung gemäß Art. 6 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670 wird in Erwartung einer umfassenden Regelung der Pflegeversicherung auf gesamtstaatlicher Ebene jeder autonomen Provinz ab dem Finanzjahr 98 jährlich ein Betrag in Höhe von 5000 Millionen Lire zugewiesen, der für die Deckung der Kosten bestimmt ist, die sich aufgrund von Maßnahmen zugunsten von pflegebedürftigen Personen ergeben.

Genannter Betrag wird auf der Grundlage eines Interventionsprogrammes zugunsten der in der Region ansässigen pflegebedürftigen Staatsbürger ausgezahlt.

2. Die Artikel 5-12 werden gestrichen.

PRÄSIDENT: Der 2. Absatz, die Artikel 5-12 zu streichen, ist gleichlautend mit dem Antrag Pinter. Die Debatte ist eröffnet, wer meldet sich zu Wort? Art. 4. Abänderungsantrag. Assessor Saurer bitte.

SAURER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Dieser Artikel 4 hätte an sich sollen einer der qualifizierendsten Abschnitte dieses Gesetzes werden, weil wir alle wissen, daß Pflegebedürftigkeit ein allgemeines und vielleicht das größte Lebensrisiko ist, das jede Person treffen kann. Das ganze wird noch gravierender in den nächsten Jahren der alternden und schrumpfenden Bevölkerung bei uns auch in Südtirol und sicher auch im Trentino, sodaß man davon ausgehen kann, daß im Jahr 2020 die Anzahl der pflegebedürftigen Personen um etwa 85% noch zunehmen wird. Die Betreuung von Pflegebedürftigen, ob ambulant oder stationär, ist mit hohen Kosten verbunden. Eine private Vorsorge erfolgt in den meisten Fällen zur Zeit nicht oder nur ganz ungenügend. Die im Fall der Pflegebedürftigkeit entstehenden Kosten können daher nur von wenigen Haushalten getragen werden. Durch die steigende Anzahl der Pflegebedürftigen würde sich die Belastung der Institutionen, die derzeit die Leistungen bei Pflegebedürftigkeit finanzieren, in der Zukunft beträchtlich erhöhen. Soll die steigende Belastung und eine zunehmende Bindung dieser nicht originär für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit vorgesehenen Mittel vermieden werden, so ist es sinnvoll, dies vorzusehen. Andere Staaten haben dies schon vorweggenommen, ich erinnere als letzter Staat der kleine Staat Luxemburg ab 1.1.1998, der ungefähr die gleiche Größe wie Südtirol hat, auch Luxemburg hat die Pflegevorsorge, die Pflegeversicherung, eingeführt.

Immer mehr Menschen werden also aufgrund der zunehmenden Lebenserwartungen pflegebedürftig. Heute sind in Südtirol bereits 7450 Personen pflegebedürftig. Im Jahr 2010 werden es 10700 sein, im Jahr 2020 werden es 13.320 sein. Sie benötigen dauernde Pflege und Betreuung, die aufgrund der Änderung der Familienstruktur über professionelle Dienste gepflegt werden müssen und jedenfalls nicht in der traditionellen Form oder nur integrierend innerhalb der Familie betreut werden können. Der finanzielle Aufwand für die Pflege in den Pflegeheimen und bei der Pflege zu Hause ist von den Familien mit durchschnittlichem Einkommen nicht mehr tragbar. Der mittlere Pflegesatz in Pflegeheimen beträgt 4.200.000.- Lire monatlich. Im heurigen Jahr wird man schon mit im Schnitt 5.000.000.- Lire rechnen müssen. Bei ganztägiger Betreuung zu Hause ist ein zusätzliches Monatsgehalt aufzubringen. Für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind somit die grundlegenden Bedürfnisse, welche laut Verfassung im Sinne des Schutzes der Menschenwürde abzusichern sind, nicht mehr gedeckt. Verantwortungsvolle Sozialpolitik muß hier neue Sicherungssysteme vorsehen. Die Region hat ausreichend Befugnisse nach meiner Meinung, um ein sozial ausgewogenes und funktionelles Pflegeversicherungsmodell einzuführen. Wir haben vorgeschlagen: Einführung von drei Pflegestufen, Abdeckung der vollen Kosten bei

Betreuung und Pflege in Alten- und Pflegeheimen, was die Pflege zu Hause anbelangt, je nach Pflegebedürftigkeit einen Betrag von 2.800.000.- Lire bis 750.000.- Lire, natürlich für alle. Die Kosten nach dieser Berechnung würden heute 210 Milliarden Lire ausmachen, 210 Milliarden. Wir haben vorgeschlagen, hier die Beträge der Begleitzulage zu verwenden, 60 Milliarden, über die neue Steuer IRAP weitere 55 Milliarden hereinzubekommen, über die Region 10 Milliarden, über die Sozialaufstockung - eine geringfügige Aufstockung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Selbständigen und Rentner - würden weitere 85 Milliarden hereinkommen.

Leider Gottes haben wir den Konsens nicht gefunden, wir wissen auch nicht wieviel die IRAP an Steuer abwirft, wir wissen auch nicht in welche Richtung der Staat geht, es werden zur Zeit auch im Rahmen des CNEL Überlegungen angestellt, wie man dieser gesellschaftlichen Notwendigkeit gerecht werden kann, deshalb haben wir vorgeschlagen den Hinweis in das Gesetz hineinzutun, daß hier Handlungsbedarf ist, daß aber die Entwicklung noch im Steuerbereich und die Entwicklung in diesem Bereich auf Staatsebene abgewartet werden soll. Das war der Kompromiß mit den Sozialpartnern, die das abwarten wollten und ich hoffe, daß in der nächsten Legislatur hier entscheidende Fortschritte gemacht werden. Ich versuche unseren Artikel, der hier eingebracht worden ist als Übergangartikel anzunehmen.

PRÄSIDENT: Alessandrini ist der nächste Redner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

ALESSANDRINI: Prendo la parola su questo emendamento, per riconfermare giudizi e valutazioni sull'insieme di queste proposte, che abbiamo già sviluppato in altre occasioni, all'interno di questo lungo dibattito sul pacchetto famiglia. Credo che questo emendamento riveli forse più che altri il salto di qualità in negativo che ha avuto il dibattito sul pacchetto famiglia, a parere mio da far risalire al cambio di maggioranza che è intervenuto in Regione, con l'uscita della parte che non ho timore di definire progettuale di questa assemblea, lasciando quindi lo spazio ad un vecchio modello di presenza sulle competenze in materia previdenziale della Regione, che costituiscono il Leitmotiv di questa legge.

Già nella impostazione originaria, il vecchio pacchetto famiglia denunciava in maniera clamorosa che non eravamo di fronte ad un provvedimento di sicurezza sociale, ma eravamo piuttosto di fronte ad una concezione arretrata, che vede appunto la distribuzione di incentivi a pioggia, senza fare i conti con l'istituzione di autentici sistemi di sicurezza sociale. Quando al momento della nostra presenza nella maggioranza regionale abbiamo posto i temi della riqualificazione e della revisione delle competenze della Regione in materia di pacchetto famiglia, abbiamo posto sostanzialmente tre grandi questioni: il fondo per la previdenza complementare, che ha avuto un suo sviluppo, una sua tradizione in termini sufficienti, un secondo elemento della nostra proposta riguardava l'istituzione dei cosiddetti congedi parentali anche a favore del lavoro privato, estendendo quindi al lavoro privato forme di tutela della maternità e della paternità, che sono oggi disponibili per il lavoro pubblico e quindi

abbiamo proposto l'istituzione dei congedi parentali per l'assistenza non solo nel caso della paternità e della maternità, ma anche per la assistenza delle famiglie in casi di bisogni particolari.

Il terzo elemento era quello che ricordava prima il collega Saurer di un intervento radicale di modifica delle forme dell'autosufficienza, secondo il modello tedesco della Pflegeversicherung. Era stato questo un argomento toccato dal Consiglio provinciale di Trento già nella precedente legislatura, questo argomento aveva fatto oggetto di una visita specifica al Land del Baden-Württemberg per andare ad esplorare anche nei dettagli questo sistema ed avevamo trovato una forte sintonia fra le forze politiche della maggioranza, perché concentrassimo le risorse del pacchetto famiglia su questa nuova forma di tutela delle invalidità.

Non mi dilungo oltre sulle cifre che ricordava prima il collega Saurer, credo che le società sviluppate come la nostra dovranno fare i conti nel futuro, certo con il problema drammatico del declino delle nascite ed insieme con il problema molto più drammatico dell'aumento delle persone invalide, soprattutto in conseguenza dell'allungamento della vita media ed in conseguenza dell'insorgenza nelle età avanzate di forme di invalidità, che sono devastanti e che non possono non contare sul sostegno pubblico.

Certo, una problematica di questa natura presuppone innanzitutto la definizione di strumenti che abbiano definito il problema della sostenibilità finanziaria per tali questioni e di qui quindi il ragionamento sul modello tedesco della Pflegeversicherung. Non so, collega Saurer, se è stata colpa delle parti sociali che non hanno accettato questo confronto alto, certo abbiamo denunciato anche ritardi e resistenze delle parti sociali per affrontare tale questione e si sono accontentati piuttosto dei piatti delle lenticchie generosamente offerti da politiche come quelle che abbiamo visto all'opera in provincia di Trento in queste ultime settimane, per gli invalidi o per gli anziani che siano.

Certo le parti sociali hanno rifiutato questo confronto su questi temi, ma certo è venuta meno la tensione progettuale della maggioranza, che doveva su tale questione cercare delle alleanze, che certamente nella società si trovano anche al di là delle mere rappresentanze delle parti sociali. Questo era un elemento sul quale qualificare l'intervento della Regione in materia sociale, superando definitivamente quella che non ho timore di definire essere politica delle mance e non politica della sicurezza sociale.

PRÄSIDENT: Danke. Die nächste Rednerin ist die Frau Abg. Klotz. Bitte schön.

KLOTZ: Ja, es ergeben sich hier aus dieser Abänderung eine Reihe von Fragen. Einmal ist eigentlich nicht einzusehen, daß man hier auf eine sogenannte umfassende staatliche Regelung warten soll. Wir haben in unseren Nachbarländern bereits Lösungen aufliegen, wir könnten ja, Herr Landesrat Saurer, bestimmt als mitteleuropäisches Land uns davon etwas anschauen. Deshalb sehe ich persönlich das nicht ein. Sie haben gesprochen, das sei der Kompromiß, weil es nicht möglich gewesen sei, hier einen Konsens mit den

verschiedenen Partnern zu finden. Nun, davon haben wir in den Zeitungen gelesen, daß diese Verhandlungen gescheitert sind, daß es hier grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gibt, das wissen wir auch, aber auf eine staatliche Lösung warten in diesem Bereich, Herr Landesrat, das bedeutet sicherlich ein jahrelanges zuwarten, so wie die sogenannten Reformen in Italien sich entwickeln, man denke an die sogenannten Schulreformen. Ich weiß nicht wann wir dann zu einer Regelung auf diesem Gebiet kommen. Deshalb finde ich es schade, daß man hier nicht eben Modelle mitteleuropäischer Länder hernimmt, genauestens prüft und ebenso schnell als möglich versucht, zu einer Lösung zu kommen.

Jetzt die Fragen in Zusammenhang hier mit diesem, sagen wir mit diesem Kompromißartikel, wie er genannt worden ist. Es heißt also, daß jährlich jede Provinz 5 Milliarden Lire zugewiesen bekommt, und zwar für die Deckung der sich aufgrund von Interventionen zugunsten von pflegebedürftigen Personen ergebenden Kosten. Genannter Betrag wird auf der Grundlage eines Interventionsprogramms zugunsten der in der Region ansässigen pflegebedürftigen Staatsbürger ausgezahlt.

Erstens ist nicht klar wer dieses Interventionsprogramm ausarbeitet, nach welchen Kriterien, wie die Aufteilung erfolgt. Es steht zwar hier jeder Provinz die 5 Milliarden, es steht aber nirgendwo, daß dann tatsächlich jede Provinz und wer vor allen Dingen das dann ganz konkret verwaltet. Das also bitte ist die erste Frage, nach welchen Kriterien wird bei diesem Interventionsprogramm vorgegangen, denn in diesem Satz heißt es dann: Interventionsprogramm zugunsten der in der Region ansässigen pflegebedürftigen Staatsbürger. Bedeutet das dann, daß hier doch wieder nicht die Provinzen entscheiden können, wer nun davon etwas bekommt und wer nicht bzw. welche Kategorie, wird das wieder nach einem regionalen Schlüssel ermittelt oder was ist damit gemeint.

Dann: Welche Interventionen. Das ist auch eine Frage. Die Deckung der Kosten, eine Deckung aufgrund von Interventionen zugunsten von pflegebedürftigen Personen. Hier wird nicht gesagt Pflegebedürftigkeit in welcher Hinsicht, welchen Grades, welche Interventionen. Ich erwarte mir hier schon ganz detaillierte Antworten, denn so ist das eigentlich nicht vorstellbar, so ist es mehr oder weniger wieder eine Art Blancoscheck, den wir hier unterschreiben oder dem wir hier zustimmen sollen, aber ohne daß man konkret weiß welche Maßnahmen dort inbegriffen sind, wer diese Leistungen in Anspruch nehmen können und um welche Programme es sich handelt. 5 Milliarden pro Provinz in diesem Bereich sind eine Lächerlichkeit, denn Landesrat Saurer hat ja von einem Bedarf von mindestens 210 Milliarden gesprochen. Was will man mit 5 Milliarden. Wer kommt dann für dieses Programm oder für diesen kleinen Trost hier überhaupt in Frage. Also ich ersuche wirklich um ausführliche Auskunft dazu.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete. Der nächste Redner ist der Abg. Gasperotti, er hat das Wort. Come 54. Cinque minuti. Gasperotti non c'è? No, Gasperotti è presente. Può. Grazie, consigliere.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Questo articolo, presentato dalla maggioranza, mette in evidenza quanto è difficoltoso trovare una soluzione adeguata ai bisogni dell'assistenza e per le competenze della Regione che ha in materia di assistenza, la Provincia di Trento un mese fa ha votato una legge sull'assistenza agli anziani e non si è posta il problema del fondo per l'assistenza, la maggioranza del Trentino ha ritenuto non adeguata, non necessaria la costituzione di un fondo per l'assistenza, pensando che la Regione fosse come sempre la mamma che aiuta anche in questo caso i bisogni della provincia di Trento.

Ho presentato un emendamento per chiarire la questione di fondo, che è quella del diritto all'assistenza del cittadino e non tanto una risposta di carità. Diceva bene il collega Alessandrini che qui non si è messo in moto un progetto che sia qualitativo, un senso di qualità della vita, un progetto che risponda davvero al diritto e non alla carità cristiana, perché non ho niente contro la carità cristiana, ma il diritto...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Ein bißchen Ruhe bitte, un attimo di pazienza, l'oratore non può parlare.

GASPEROTTI: io vivo in una società e prima sono cittadino, poi posso essere anche quello che volete voi, ma prima sono un cittadino, questa è un'istituzione e parlo in termini di diritto costituzionale, allora se il diritto costituzionale sancisce in maniera precisa che il cittadino, dopo aver pagato per una vita e costruito l'evoluzione della società all'innovazione, abbia anche il riconoscimento nel periodo non più...

(interruzione)

GASPEROTTI: Presidente è vero, sono le ore 13.00. Chiudo brevemente, per dire che laddove si accenna a questo finanziamento da parte della Regione di un primo approccio di 5 miliardi e della necessità di avere a monte, da parte dello Stato, un indirizzo che sia rispondente alla generalità dei cittadini italiani, se questo da una parte è vero, dall'altra dovremmo avere le Province maturate sufficientemente per capire che c'era bisogno di costituire questo fondo a livello provinciale.

Ecco perché la carenza anche del rapporto fra Regione e Province su questa materia, che ci ha visto sempre a livello qualitativo molto più alti del resto del paese, abbiamo perso un'occasione in questo periodo storico, questi ultimi cinque anni, che è stato quello di non tenere ai tempi questa qualità, che era presente in maniera qualitativamente elevata rispetto al resto del paese.

La necessità di coordinare quindi l'atto legislativo provinciale delle due Province con quello regionale su questa materia doveva essere una delle discussioni di questa assemblea regionale, perché qui c'è anche il Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, c'è anche il Presidente della Giunta provinciale di Trento, non vedo perché non si possa adottare un metodo di lavoro che sia politicamente più elevato, questo è il vuoto che riscontro nel modo di lavorare della Giunta e della maggioranza. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke schön, Herr Abg. Gasperotti. Wir setzen die Arbeiten um 15.00 Uhr fort. Ich wollte in Erinnerung rufen, daß wir programmiert haben, um 7.00 Uhr mit der Nachtsitzung zu beginnen. Ich hoffe, daß genügend Abgeordnete da sein werden, wir versuchen es auch ein bißchen festzustellen. Ja, weil wir nicht fertig werden, wir haben es ja vereinbart. La seduta notturna è prevista per stasera. C'era la votazione in capigruppo, Vi ricordate ben che si discuteva sulle giornate.

(ore 13.00)

(ore 15.05)

Vorsitz Vicepräsident Tretter
Presidenza del Vicepresidente Tretter

PRESIDENTE: Iniziamo con l'appello nominale.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Bitte Platz zu nehmen, verehrte Damen und Herren. Bitte Platz zu nehmen. Volete prendere posto, signori, Romano, Giovanazzi, grazie, Divina, per favore. Bitte Platz zu nehmen. Wir setzen jetzt die Arbeiten fort. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Atz.

ATZ: Zum Fortgang der Arbeiten, Herr Präsident. Danke.

Wir wissen, daß wir heute Nachtsitzung vorgesehen haben. Nachdem wir mit diesem Gesetz an einem guten Punkt sind, so wie es mir zumindest vorkommt, möchte ich den Antrag stellen - selbstverständlich, wenn das Gesetz bis 18.00 Uhr fertig ist -, dann die Arbeiten abzuschließen, aber sollte es nicht gelingen, bis 18.00 Uhr das Gesetz fertig zu machen, dann möchte ich beantragen, daß wir jedenfalls bis 20.00 Uhr durchmachen und dann die Arbeiten unterbrechen.

PRÄSIDENT: Jetzt schauen wir einmal wie es geht. Ein Problem haben wir technischer Art. Abg. Klotz, bitte.

KLOTZ: In jedem Fall zeichnet sich ab, wenn Kollege Atz hier diesen Vorschlag macht, daß für eine Nachtsitzung die Mehrheit nicht 100%ig gewährleistet ist. Herr Präsident, ich würde also vorschlagen, Herr Präsident, lieber als daß wir was weiß ich

um 7.00 Uhr unterbrechen, dann um 8.00 Uhr die Sitzung wieder aufnehmen und dann sehen, daß nicht genügend Leute da sind, den Vorschlag Atz anzunehmen, also bis 8.00 Uhr durchzuarbeiten und dann Schluß zu machen. Das ist besser als um 7.00 Uhr zu unterbrechen, um 8.00 Uhr wieder herzukommen, um möglicherweise zu sehen, es geht doch nicht weiter; es ist sicherlich vernünftiger bis 8.00 Uhr eventuell durchzuarbeiten und dann Schluß zu machen. Ich schließe mich also dem Antrag an.

PRÄSIDENT: Ich behalte mir vor, diese Frage später zu klären. Ich kann nicht durchgehend arbeiten, weil ich um 6.00 Uhr spätestens weg muß. Ich habe morgen sehr früh eine Verpflichtung in Rom und habe den Flug um 9.00 Uhr in Mailand und ich kann nicht schneller als in drei Stunden dort sein, d.h. der Vizepräsident Tretter kann nicht vor 7.00 Uhr kommen. Programmiert wäre alles wie wir vorgesehen haben: bis 6.00 Uhr arbeiten, um 7.00 Uhr die Sitzung wieder aufnehmen und der Vizepräsident hätte weitergearbeitet. Deshalb arbeiten wir jetzt weiter und schauen wie weit wir kommen und ich würde Sie bitten diese Unterbrechung von einer Stunde zu berücksichtigen, weil wir nicht anders können. Ich werde jetzt den ganzen Nachmittag alleine vorsitzen. Ich kann nicht bis 7.00 Uhr hier bleiben. Von 6.00 Uhr bis 7.00 Uhr war programmiert zu unterbrechen. Um 7.00 Uhr ist der Vizepräsident da.

Wir kommen zurück zum Gesetzentwurf. Wir behalten uns das später vor.

Darf ich einen Moment bitten, die Diskussion um die Arbeitsweise zu unterbrechen, weil eines feststeht: zwischen 6.00 und 7.00 ist sicher keine Sitzung, weil zwischen 6.00 und 7.00 niemand da ist, weder der Präsident noch der Vizepräsident. Das müssen Sie einfach berücksichtigen, es war so geplant. Ab 7.00 Uhr ist es möglich, Sie können sagen, wir gehen bis 21.00 Uhr oder so, das wäre möglich.

Ich wollte noch etwas sagen: wir haben drei Techniker im Saal, die unsere technischen Tonprobleme verfolgen und eine Lösung ausarbeiten sollen, die diese technischen Probleme endlich lösen sollen. Somit bitte ich um Verständnis, wenn die Herren anwesend sind.

Wir sind beim Art. 4 und zu Wort gemeldet hat sich die Abg. Kury. Ich muß folgendes sagen: Abg. Pinter, da steht - Seite 11 -: Der Artikel 4 wird aufgehoben. Dieser Antrag ist überflüssig, weil wenn jemand gegen den Artikel 4 stimmen würde, dann ist er ja gegen die Aufhebung. Das haben wir schon einige Male gehabt, cioè questo articolo 4 non esiste ancora. Bitte, bitte Ruhe. Wir haben schon ein paarmal die gleiche Situation gehabt, daß ein vorgeschlagener Artikel nicht aufgehoben werden kann, ein vorgeschlagener Artikel. Es könnte ein Gesetz aufgehoben werden, das bereits in Kraft ist, aber nicht ein vorgeschlagener Artikel, sondern wenn jemand gegen den Artikel ist, dann muß er dagegen stimmen. Das haben wir schon ein paarmal gehabt. So ist es, was soll ich Ihnen sagen, ich kann nicht gegen einen vorgeschlagenen Artikel stimmen, wenn er nicht vorhanden ist. Ich kann ihn abändern, ich kann ihn verbessern, ich kann ihn ersetzen, aber abschaffen kann ich ihn nicht, wenn er nicht existiert. La proposta non ha efficienza legale. No, non è una prassi, non l'ho mai ammesso.

Einen Moment, wir präzisieren: Also, Sie wenden Ihren Aufhebungsartikel gegen den Gesetzestext an, der existiert tatsächlich, der Kommissionstext existiert und

da können Sie ihn auch anwenden. Da muß ich ihn aber vorziehen, dann muß ich die Frau Kollegin Kury um ein bißchen Geduld bitten; dann sprechen wir jetzt über den Aufhebungsartikel Pinter, weil er Vorrang hat. Prego consigliere, se vuole prendere la parola.

PINTER: Grazie Presidente. Fa piacere che abbia ristabilito una corretta valutazione, perché il mio non era un emendamento abrogativo dell'emendamento, in quel caso avrebbe ragione lei, che non ha senso che cancelli una cosa che si propone, ma propongo l'abrogazione dell'articolo approvato dalla commissione., che riguardava il disegno di legge n. 63 e con l'art. 4 si istituiva il fondo di copertura previdenziale per l'assistenza ai non autosufficienti.

E' chiaro che sono stati presentati degli emendamenti sostitutivi, che ne modificano ampiamente la portata degli stessi, però credo che in aula dobbiamo confrontarci prima di tutto con il testo proposto dalla commissione e l'emendamento sostitutivo, sia esso di nome dell'assessore Romano o sia esso di iniziativa delle minoranze, in ogni caso assume una valenza secondaria rispetto al testo originale.

Rispetto al testo originale c'è stata una parziale discussione questa mattina, relativamente al problema della Pflegeversicherung o del fondo di copertura per la condizione di non autosufficienza, con l'emendamento intendevo evidenziare una cosa molto semplice, non tanto sulla opportunità o meno di discutere nel merito della Pflegeversicherung o comunque di un istituto di questo tipo, quanto del fatto che così come proposto in questo disegno di legge e così come fino adesso non ha ottenuto il consenso sociale, il consenso delle parti, dei sindacati, delle organizzazioni imprenditoriali e quant'altro, è evidente che la Regione non può o non deve istituire un fondo, se rispetto allo stesso non sono state esperite tutte le strade della ricerca dell'accordo tra i protagonisti sociali, perché credo che una cosa di questo tipo sancisce una novità non di poco conto, che peraltro ritengo difficilmente applicabile nella nostra Regione.

Qui non si tratta semplicemente di un fondo integrativo o di un beneficio particolare, come quelli contenuti nel pacchetto famiglia, rispetto ai quali abbiamo la facoltà, al di là della forma previdenziale o assistenziale di istituire, qui stiamo parlando di una novità assoluta, che andrebbe a modificare gli stessi sistemi di copertura sociale, perché chiaramente, se fosse istituito un fondo regionale di copertura e spese di assistenza sociale, noi ci troveremo evidentemente a ragionare attorno a delle modalità di copertura delle spese che si determinano nelle persone non autosufficienti, diverso dall'esistente. Ora l'esistente rinvia di fatto al sistema sanitario in primo luogo ed in modo complementare integrativo a quello assistenziale la copertura di questi oneri; ne abbiamo discusso a lungo a Trento rispetto ai costi per le persone ospitate dalle RSA, persone non autosufficienti e la conclusione alla quale è giunto il Consiglio provinciale di Trento è che tutto ciò che è costo sanitario, in quanto derivato da una condizione di non autosufficienza, deve essere carico del fondo sanitario, tutto ciò che invece può essere attribuibile alla assistenza alberghiera e quant'altro, allora è a carico dell'ospite.

Questo è un principio di fondo, perché sancisce l'eguaglianza dei cittadini di fronte al problema dell'assistenza sanitaria e quindi se uno ha un'invalidità, un'inabilità o una non autosufficienza si reputa che sia fondamentalmente un bisogno di carattere sanitario. Possiamo anche andare a modificare questo sistema, tenendo conto della complicazione degli stati di non autosufficienza, soprattutto per le persone anziane, tenendo conto del tipo diverso di bisogni che viene originato e che non sempre è riconducibile esclusivamente a quello di assistenza sanitaria, ma può avere varie sfaccettature, però questo richiede una riforma, un ripensamento dei sistemi assicurativi previdenziali e assistenziali, non mi sembra che possiamo permetterci oggi di istituire un sistema di Pflegeversicherung a prescindere dal recepimento di un principio di questo tipo, su base nazionale, quindi su base di omogeneizzazione e comunque sulla base di un consenso delle categorie sociali.

Lo dico come battuta, è evidente che dovremo capirci quale è anche il vantaggio per il lavoratore o per la persona, quello di pagare un nuovo fondo per ottenere magari la stessa assistenza che ha adesso, conosco il sistema usato in Germania, perché abbiamo avuto modo di affrontarci e credo ci siano, all'interno di questa istituzione, la Pflegeversicherung, delle cose molto interessanti, sulle quali vale la pena di confrontarsi, perché può dare effettivamente alcune risposte in alcuni contesti, però rimane qui tutto da definire, il problema delle competenze e dei costi, il problema dell'attribuzione dei costi di carattere sanitario, quindi laddove possiamo almeno derogare dal principio che in Italia è costituzionale della tutela della salute garantita a tutti i cittadini, quindi ci sono delle questioni di principio non di poco conto, per questa ragione ho espresso un emendamento abrogativo, dell'originario art. 4, perché non ritenevo che in ogni caso potesse essere oggi, con questo disegno di legge, introdotta questa novità.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter bitte.

BENEDIKTER: Ganz kurz. Da ist immer die Rede von Pflegeversicherung und jetzt endlich enthüllt sich die Pflegeversicherung als nichts anderes als was sie tatsächlich ist, als nichts anderes als eine Fürsorgeleistung, sie hat mit Versicherung nichts zu tun und wäre auch im Widerspruch - der Artikel 4, der ursprüngliche - zum Staatsgesetz vom 9. März 1989, Nr. 88. Die INPS, die gesamtstaatliche Sozialversicherungsanstalt sollte nicht von Fürsorgeleistungen belastet werden. Um 80.000.- Milliarden jährlich handelt es sich, daß diese Fürsorgeleistung bis auf weiteres getrennt verwaltet wird, aber getrennt und daß sie vom Staat finanziert wird. Und hier dieser Vorschlag.

Es besteht zwar der Vorbehalt, daß bis nicht die Region mit ihrer Zuständigkeit für die ergänzende Vorsorge als Versicherung auftritt, obwohl es eine reine Fürsorgeleistung ist, die Provinz dafür sorgen soll und sie bekommt sogar von der Region die 5 Milliarden, jede Provinz bekommt 5 Milliarden, um für die Pflegebedürftigen die Fürsorgeleistung zu zahlen. Was die Provinz selbstverständlich tun kann, auch wenn sie kein Geld von der Region bekommen würde, aber die Region müßte ja diese gesamte sogenannte ergänzende Vorsorge zu 90% als Fürsorgeleistung

betrachten. 90% sind Fürsorgeleistungen, sind Angelegenheit, Zuständigkeit der Provinzen und so ist es: die Pflegeversicherung ist keine Versicherung, sondern ist eben Fürsorgeleistung, Pflegefürsorge könnte man sie nennen. Und da ergibt sich, daß die Region nicht die Pflegeversicherung einführen kann, wo fast 100% Fürsorgeleistung ist. Das kann sie nicht, das hat keinen Sinn. Warum soll man den Leuten vormachen, daß das eine Versicherung ist, das ist keine Versicherung, das ist eine Fürsorgeleistung. Die Pflegebedürftigen, die minderbemittelt sind, verdienen es sich, das Land hat Geld, die Region kann, solange sie so viel Geld hat, den Provinzen auch etwas zuwenden für Fürsorge, aber auch für was anderes, aber es ist keine Pflegeversicherung. Ich bin also dafür, daß die Region den Provinzen von ihrem übrigen Geld etwas abgibt, unter dem Titel, wie es da heißt übrigens: „interventi di assistenza a favore delle persone non autosufficienti“ - eine Fürsorgeleistung also für die Pflegebedürftigen. Danke.

PRÄSIDENT: Die Abg. Zendron bitte.

ZENDRON: Presidente e assessore Romano, anch'io devo esprimere una certa perplessità rispetto a questo emendamento sostitutivo, qui ci si chiede di approvare il trasferimento di una ingente quantità di finanziamenti alle Province e questo mi pare sia un po' lo spirito che in generale informa anche il lavoro di questa Giunta, ma ci si chiede di farlo senza che noi possiamo, in quanto legislatori, di capire come verranno...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Abg. Zendron, nur um ein Mißverständnis zu klären. Momentan reden wir über den Aufhebungsvorschlag von Pinter, den ganzen Artikel 4 zu streichen.

ZENDRON: Dann rede ich später noch.

PRÄSIDENT: Ja bitte. Danke. Abg. Alessandrini, bitte.

ALESSANDRINI: L'art. 4, rispetto al quale vi è l'emendamento soppressivo del collega Pinter, rappresenta un pesante arretramento rispetto al livello del dibattito e delle discussioni che si sono svolte poco più di un anno fa, quando avevamo ripreso in considerazione il tema della cosiddetta Pflegeversicherung nell'ambito della revisione del pacchetto famiglia.

Allora mi pare che abbia ragione anzitutto il collega Benedikter a dire che la formulazione dell'art. 4 nulla ha a che fare con il termine Pflegeversicherung, che ricorre nel titolo della traduzione tedesca, francamente mi pare impropria, la stessa traduzione del titolo in lingua italiana e comunque chiaramente come è formulato l'art. 4 è difficile ritrovare ragioni che sostengano anche in maniera molto indiretta un'idea di strumento assicurativo.

Qui c'è un banale trasferimento di fondi alle due Province per utilizzare le risorse della Regione, che inizialmente erano previste, stanziare per alimentare e sostenere l'addio di uno strumento di natura assicurativa per coprire l'invalidità.

Ripeto, innanzitutto siamo di fronte ad un grave arretramento delle proposte iniziali, non mi convincono le affermazioni che si è deciso di non imboccare la strada dello strumento assicurativo per la copertura dell'invalidità, perché vi è stato il rifiuto delle parti sociali, credo che prima del rifiuto di queste ci sia stato in sostanza un abbandono esplicito di componenti significative della maggioranza, che non avevano alcuna idea di come riformare lo strumento del pacchetto famiglia in direzione di una modalità di intervento più efficace e che assumesse i caratteri di uno strumento vero e proprio di sicurezza sociale.

Ritorno a dire che mi pare vi sia un qualche cosa di improprio, sia nel titolo della traduzione italiana, tanto più nel titolo della traduzione tedesca e quindi dichiaro che voteremo l'emendamento Pinter, non solo perché non ci convince questo puro e semplice passaggio di risorse dal bilancio della Regione al bilancio delle due Province, ma anche perché in questo modo segniamo un arretramento sulle proposte iniziali, che erano state formulate al momento della presa in esame della revisione del pacchetto famiglia.

PRÄSIDENT: Danke. Damit wäre die Rednerliste erschöpft. Wenn keine Wortmeldungen mehr sind, dann stimmen wir über diesen Aufhebungsartikel ab. Cons. Romano, deve rispondere. Ma più emendamenti vengono presentati, più tardi finiremo.

Der Aufhebungsartikel wird von Abg. Pinter vorgeschlagen. Er hat ihn ja schon erläutert. Entschuldigung, es war so: er wäre nicht zugelassen worden, hätte er sich auf einen Abänderungsantrag bezogen, wie ich geglaubt hatte. Er bezieht sich aber auf den Kommissionstext und der steht wirklich. Dazu ist er zulässig. Somit stimmen wir jetzt ab über den Antrag Pinter. Frau Abg. Klotz, möchten Sie das Wort? Bitte schön.

KLOTZ: Herr Präsident, also angesichts dieser neuen Sachlage, denn wir waren ja ursprünglich davon ausgegangen, daß der Streichungsantrag nicht angenommen wird, möchte ich das Wort ergreifen. Da er nun doch zugelassen worden ist und wir also abstimmen sollen, ob dieser Artikel fällt oder nicht, möchte ich vorher die Antworten auf jene Fragen, die ich am Vormittag hier gestellt habe, und zwar war Assessor Romano anwesend, es ist auch Landesrat Saurer anwesend, denn es könnte ja sein, daß damit diese Materie oder dieses Anliegen ganz vom Tisch ist und um richtig entscheiden zu können, brauche ich schon die Auskünfte zu diesen Fragen im Zusammenhang also mit dem sogenannten Interventionsprogramm, im Zusammenhang mit den Kriterien dafür, den Personen, die in den Genuß dieser Interventionen kommen sollen und was man sich vorstellt, wieviel Jahre es dauern wird, wenn man auf eine staatliche Regelung wartet.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abg. Klotz.

Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Ass. Romano, prego.

ROMANO: Signor Presidente, chiedo scusa, se non ho capito male, stiamo discutendo l'art. 4, che ha un primo comma e poi gli altri commi dei quali concordemente si propone la soppressione. Non so adesso noi cosa dobbiamo votare, se l'art. 4 globalmente, oppure il primo comma, sul quale insistiamo chiaramente e poi sulla soppressione dei commi successivi.

Sulla soppressione di tutto l'articolo non siamo d'accordo, poi discuteremo sulla soppressione dei vari commi. Il punto 1, del quale proponiamo il mantenimento, per noi va bene.

PRÄSIDENT: Jetzt wäre eigentlich fertig. Geheime Abstimmung? Wer schließt sich dem Ansuchen an. Moment, wir müssen zuerst feststellen, ob wir geheim abstimmen oder nicht. Könnten wir die Frage nicht privat stellen, denn wir sind außerhalb der Geschäftsordnung. Also, die Geheimabstimmung ist genehmigt. Bitte Frau Abg. Kury..

KURY: Danke schön, Herr Präsident...

(interruzione)

KURY: Ich möchte einfach Klarheit haben, bevor jetzt über einen wichtigen Artikel abgestimmt wird. Es gibt einen Text, den Kommissionstext; dort ist der Unterschied zwischen Kommissionstext und diesem Text nur darin, daß dort vom Jahr 97 die Rede war und hier ist vom Jahr 98 die Rede. Ich frage mich, worüber stimmen wir jetzt ab, über den Kommissionstext bzw. mit dem einzigen Unterschied, daß für das Jahr 97 dort auch ein Betrag festgesetzt ist oder über den Abänderungsantrag, der vorliegt. Ich denke, das muß klar sein, weil ich habe ja verstanden, daß eigentlich auch niemand so richtig Bescheid weiß, worüber wir abstimmen.

PRÄSIDENT: Danke. Das gibt mir Gelegenheit zur Präzisierung. Abgestimmt wird der Antrag Pinter zur Aufhebung des Kommissionstextes - Art. 4.

Art. 4 wird aufgehoben. L'art. 4 è soppresso.

Das ist der Antrag Pinter - Seite 11 - und bezieht sich auf den Kommissionstext. Wenn der durchgeht, dann ist nichts. Wenn er nicht durchgeht, dann kommen die Abänderungen dazu. Der Antrag Romano, der diesen Termin ändert, ist der zweite Schritt, Frau Abg. Kury. Die Terminänderung bzw. der neue Text Romano kommt nur zum Zuge, wenn dieser Antrag jetzt nicht genehmigt wird, weil der Antrag Pinter heißt, überhaupt weg mit dem Artikel. Der hat den Vorrang. Ist das klar? Nicht ganz einverstanden. Zur Vorgangsweise bitte Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Der Art. 4, der einen ersten Absatz hat, worüber Abg. Saurer länger gesprochen hat, den er erläutert hat und dann der zweite Absatz sagt, die Artikel von 5-12 sind abgeschafft.

PRÄSIDENT: Sind wir uns einig, daß wir den Antrag Pinter zur Abstimmung bringen, nicht den Antrag Romano. Antrag Seite 11, Pinter - Aufhebung des Art. 4. Das ist sonnenklar. Es ist ganz einfach, auch wenn Sie es nicht finden. Der Abg. Pinter will den Art. 4 abschaffen. Über das stimmen wir ab.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Die Diskussion ist abgeschlossen. Ich kläre nur mehr Prozedurfragen. La discussione è chiusa. Der Abg. Benedikter hat das Wort. No, ass. Romano, un attimo... Ist jetzt alles klar. Danke. Solo sulla procedura, ass. Romano, è già chiusa la discussione. È tutto chiaro adesso, è tutto chiaro, non serve. E poi c'è prima la cons. Zendron. Zur Prozedur? Geheimabstimmung? Haben wir schon stattgegeben. Gut, danke. Ich stelle Ermüdungserscheinungen fest. Wir stimmen ab über den Antrag Pinter. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	52
Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	32
weiße Stimmzettel:	3

Damit ist der Streichungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zurück zum Vorschlag, wie verlesen, vom Ausschuß. Neue Formulierung Romano. Dazu haben wir die Debatte bereits begonnen gehabt. Es ist alles schon vorgelesen worden. Die Debatte geht weiter. Wer meldet sich zu Wort? Sie stehen in Konkurrenz. Sul regolamento? Chi voleva parlare sul regolamento? Alessandrini? Bitte, also der Abg. Alessandrini zur Geschäftsordnung. Er hat den Vorrang.

ALESSANDRINI: Signor Presidente, prima ho sollevato delle obiezioni di natura politica, circa la proprietà del titolo rispetto al testo dell'articolo, in questo momento sollevo una obiezione specifica di carattere tecnico, perché non vi è nessuna corrispondenza tra il titolo dell'articolo ed il contenuto dell'articolo medesimo, quindi la inviterei, signor Presidente, probabilmente nell'ambito dei suoi poteri di coordinamento tecnico delle iniziative, di provvedere alla correzione del titolo. Non vi è alcun rapporto tra copertura previdenziale, espressione italiana e Pflegeversicherung, espressione tedesca, espressioni che ricorrono nel titolo ed il contenuto del titolo medesimo.

Quindi la invito formalmente a valutarlo sotto il profilo della congruità tecnica.

PRÄSIDENT: Il titolo dell' articolo? Ja, ich danke Ihnen Abg. Alessandrini und wir werden das richtigstellen, und zwar indem wir den Text des Gesetzesartikels für die Überschrift verwenden. Es muß die gleiche Überschrift sein, wie der Gesetzesartikel selber lautet. Ich versuche jetzt schnell eine Lösung zu finden, Herr Dr. Untersulzner überdenkt sie. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, wir können nicht nur Fürsorge schreiben - assistenza -, weil das nicht in der Zuständigkeit der Region, sondern in der Zuständigkeit des Landes ist. Wenn wir etwas machen wollen in diesem Regionalgesetz zur Pflegeversicherung, dann bleiben wir bitte bei dem Terminus „Versicherung“ oder „Vorsorge“, aber nicht Fürsorge. Bitte Abg. Benedikter. Sie gehen jetzt ins Meritum oder um was geht es jetzt? Zum Titel. Moment, wir schlagen jetzt eine neue Formulierung vor und danach reden wir über den Titel. Nur einen Moment Geduld, wir müssen es überdenken, einen Moment, Abg. Benedikter. Andere Wortmeldungen? Abg. Zendron, bitte. Nur ein bißchen Geduld, Abg. Benedikter, wir kommen gleich zurück.

ZENDRON: Grazie Presidente. Riprendo il mio intervento che prima avevo anticipato, immaginando che l'emendamento soppressivo, presentato dal collega Pinter, fosse riferito a questo emendamento. Qui si prevede un versamento da parte della Regione alle due Province e si sopprimono gli articoli da 5 a 12, quindi tutto l'intero complesso di articoli che introduceva la assicurazione di cura, Pflegeversicherung, nel nostro ordinamento. Come ho detto in discussione generale, quando abbiamo iniziato a discutere questo disegno di legge, credo che il vero intervento, che sarebbe stato necessario, che giustificerebbe anche questa competenza della Regione era proprio questo e con tanta più amarezza si deve dire che questo problema non viene minimamente toccato, né dal testo che non è stato abrogato in questo momento, men che meno da questo proposto adesso dalla Giunta e dalla maggioranza.

Questa è la prima cosa che deve essere detta con molta chiarezza. Qui non si è fatto neanche un minimo passo per introdurre l'assicurazione di cura, se qualcuno andrà dai giornali o dai mass media a dire che abbiamo fatto un passo in questa direzione mentirà, perché qui si dice solo: diamo dei soldi alle due province e quello che è gravissimo è che non si vincola l'utilizzo di questi soldi se non con una formulazione estremamente vaga, il che vuol dire un programma di intervento a favore dei cittadini, che non significa nulla.

Sono convinta che un'assemblea legislativa dovrebbe dire come si spendono i soldi, giusto? Questo articolo non dice proprio niente, semplicemente dà dei soldi, 10 miliardi in una prima formulazione, cinque miliardi in questa. Ora qualcun dice: siete contrari a dare 5-10 miliardi, qui si parla di miliardi come se fossero noccioline, per i non autosufficienti, certo che per la mia opinione politica ritengo sia molto meglio destinare miliardi ai non autosufficienti, rispetto magari ad utilizzarli per l'aeroporto di Bolzano, mi pare sia una cosa che non occorre che ribadisca, tuttavia vorrei dire che si

useranno 5-10 miliardi per i non autosufficienti senza dire come si affronterà questo problema gravissimo, enorme del futuro in cui ci saranno sempre più persone non autosufficienti, anziane, senza iniziare a sfruttare il momento di benessere che abbiamo ora, di disponibilità finanziarie, per cominciare a costruire un sistema che possa, come funziona - pure con tutte le difficoltà - in Germania, in altri paesi, in Olanda, eccetera, in maniera che possiamo affrontare il futuro con una certa prospettiva, sapendo che questo è un problema non lasciato al caso o alla speranza che la situazione di benessere continui, anche di generosità e che non ci sia una svolta, che già in questa legislatura si è percepita verso un atteggiamento più avaro nei riguardi dei deboli e delle categorie sociali che hanno bisogno di interventi pubblici.

A me pare che la proposta qui fatta sia veramente insufficiente, dare dei soldi senza prevedere niente, è la dimostrazione che questa maggioranza e questa Giunta, che aveva annunciato l'intervento di assicurazione e di cura all'inizio della legislatura come uno degli obiettivi, su questo obiettivo ha clamorosamente fallito e non si nasconde un fallimento rispetto ad un obiettivo così fondamentale, che aveva qualificato il programma di Giunta e tutta la proposta politica della maggioranza e che era rimasta, nonostante i cambiamenti di orientamento, di colore politico della Giunta regionale, è rimasto completamente non realizzato, perché non ditemi che dando dei soldi alle Province, non legati a degli obblighi, a degli impegni di spesa, non legati anche da parte di un'assemblea legislativa alla minima normativa l'utilizzo di cifre così ingenti, dicendo solo: sono per i non autosufficienti, quindi chi dice no è cattivo e chi dice di sì probabilmente sarà buono, oppure interessato, è una cosa non seria, vuol dire non affrontare seriamente il problema, non avere lavorato abbastanza per fare una proposta che effettivamente riesca a farci guardare verso il futuro con la speranza di avere preparato il terreno per la soluzione di un problema molto grave.

PRÄSIDENT: Abg. Gasperotti hat das Wort.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Prima una questione di metodo: ho presentato un emendamento sostitutivo del Capo II, mi sa indicare quando lo discuteremo?

Seconda questione, il Capo II è quello che parte dall'art. 4, Rifondazione Comunista, rispetto all'istituzione del fondo regionale è contraria perché introduce un principio a nostro giudizio sbagliato, cioè si va alla creazione di un fondo, che sembra buono in apparenza, ma che in realtà esprime un risultato che preoccupa, anche dal punto di vista del rispetto, dell'importante conquista dei lavoratori e dei cittadini e che è sancita da una legge nazionale, si tratta in particolare dell'art. 3 della legge 692 del 1995, il quale nel pieno rispetto della concezione universale del diritto della salute, sancita dalla nostra Costituzione, afferma che l'assistenza sanitaria deve essere garantita senza limiti di durata nei casi di malattie specifiche della vecchiaia. Questa affermazione forte non è mai stata abrogata, anzi è stata ribadita dalla legge quadro di riforma sanitaria n. 833 del 1978, in altri termini un lavoratore, avendo già versato attraverso le tasse il proprio contributo al sistema sanitario pubblico, non deve pagare

una seconda volta quando ha bisogno di prestazioni sanitarie e ciò vale quando anche egli sia anziano o non autosufficiente.

Se poi le condizioni di non autosufficienza non dovessero dipendere da patologie acute o croniche anche in atto, ma da situazioni di emarginazione sociale legate anche all'anzianità, allora è giusto che a dette evenienze provveda, come proporremo nell'emendamento, un fondo pubblico regionale per l'assistenza sociale, finanziato dalla fiscalità generale e non dalla previdenza. In questo modo il nostro partito sta lavorando in sede nazionale, anche perché si sta discutendo alla proposta della maggioranza e questo principio sarà il soggetto movente dell'iniziativa.

L'on. Turco, che è la presentatrice di un disegno di legge che si sta discutendo all'interno della maggioranza nel Governo nazionale, affronterà il problema e definirà comunque dentro il rispetto di queste leggi e non uscendo per la tangente, come si sta tentando di fare qui.

In poche parole si tende ad un tipo di assicurazione con la partecipazione del lavoratore, della Regione e del soggetto di cui il lavoratore è dipendente a promuovere iniziative economiche per assicurare in futuro un'assistenza sanitaria ed assistenziale.

Abbiamo già pagato, Presidente e non riteniamo che ci sia ancora da pagare per garantire quel diritto che è dentro la costituzione. E' stato osservato che tanto non farebbe parte della competenza regionale, ma provinciale, mi avete riempito la testa della famosa sussidiarietà ed il progetto di sussidiarietà, che è un falso in atto pubblico, cioè se posso elargisco quando voglio, come voglio e se voglio, perché questa è la sussidiarietà, nell'ambito regionale, nei confronti delle due province non esiste, perché va contro il progetto che è quello di lasciare le due Province, che possono attingere a questo fondo, chi non vuole può farne anche a meno se il fondo è indirizzato all'assistenza, perché non si può far diventare un fondo di previdenza, di compartecipazione assicurativa per garantire un diritto che abbiamo già noi come soggetti, come cittadini italiani. Grazie.

PRÄSIDENT: Die Rednerliste geht weiter. Ich möchte nur jetzt das vorwegnehmen, damit wir auch über den einheitlichen Text reden. Es ist vorhin vom Abg. Alessandrini die Frage des Titels und der Kongruenz des Titels in dem Text aufgeworfen worden und ich habe dazugefügt, daß das Wort „assistenza“ aus dem Text heraus muß. Das haben wir jetzt technisch angeschaut und die Überschrift würde jetzt folgendermaßen lauten: Fondo di copertura previdenziale ai non autosufficienti“ - ohne assistenza - und im Text dasselbe. Fatte salve le attribuzione...della copertura previdenziale ai non autosufficienti usw. Viene tolta la parola „assistenza“ sia nel titolo che nel testo. Im Deutschen bleibt es gleich.

Abg. Gasperotti, wir haben da auf den Artikel 4 bezogen zwei Abänderungsblöcke gehabt, die gleichwertig sind. Saurer und Romano und dann Gasperotti. Die sind gleichwertig in der Stellung und somit habe ich nur mehr - und es gibt auch keine logische Reihung von dem ganzen - das verfolgen können, was die Geschäftsordnung sagt. In solchen Fällen zählt die chronologische Reihenfolge und chronologisch gesehen ist der Text von Romano ein bißchen früher, zwar am gleichen

Tag, aber eineinhalb Stunden früher eingereicht worden als der Text Gasperotti. Deshalb diese Reihenfolge.

Und jetzt hat das Wort der Abgeordnete...zur Prozedur? Prego cons. Gasperotti.

GASPEROTTI: Volevo solo osservare che il mio emendamento non è sostitutivo di un articolo, è sostitutivo di un Capo, il che è prioritario rispetto all'articolo, il Capo contiene una serie di articoli e quindi diventa pregiudiziale.

Con questo articolo sostituisco tutto il Capo II e non solo una parte.

PRÄSIDENT: Abg. Gasperotti, noch einmal. Es ist gleichwertig auch unter diesem Aspekt, auch Ass. Romano hat einen Aufhebungsartikel eingebracht. Er ist sogar noch weitergehend, weil der erste Teil ersetzend und der zweite Teil aufhebend ist. Nella prima parte abbiamo un emendamento sostitutivo e nella seconda uno soppressivo. La prima parte è uguale alla sua, la seconda sopprime gli articoli da 5 a 12. Secondo questo principio sarebbe addirittura prevalente quello soppressivo, ma ho detto che sono paritetici e poi ho dato la precedenza secondo l'ordine cronologico, mi dispiace.

Der nächste Redner ist jetzt in der Reihenfolge der Abg. Saurer.

SAURER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Es ist sicher, daß dieser Artikel von der Einführung der Pflegeversicherung redet. Dabei sagt er folgendes:

Erstens: Wir haben die Kompetenz, diese Versicherung einzuführen, zweitens wir werden sie einführen, sobald wir wissen, was die grundsätzliche Ausrichtung des Staates ist und drittens in Erwartung dieser Einführung geben wir 5 Milliarden der Provinz Trient und 5 Milliarden der Provinz Bozen. Wenn wir diese Prämissen nicht hätten, dann könnten wir nicht 5 Milliarden der Provinz Bozen und nicht 5 Milliarden der Provinz Trient geben, weil dann wäre es Fürsorge, aber wenn wir sagen, wir möchten die Pflegeversicherung einführen, wir müssen den Staat abwarten, das Problem ist sehr dringend, dann ist es möglich. Um der Dringlichkeit des Problems gerecht zu werden, geben wir die 5 Milliarden. Nur so können wir es rechtfertigen und deshalb glaube ich, daß der Titel mehr als stimmt.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Abg. Conci-Vicini. Prego, signora.

CONCI-VICINI: Grazie Presidente. Intervengo perché di questo abbiamo parlato a lungo insieme ai colleghi Saurer e Romano, proprio perché il pacchetto famiglia è stato complessivamente valutato e verificato dal primo all'ultimo articolo. Certo qui c'era un discorso che ci aveva portato, come dicevo nell'intervento precedente, a fare tutta una serie di riflessioni sul fondo per le non autosufficienze, fondo che non era semplicemente limitato all'erogazione di risorse, ma andava ad attivare un progetto complessivo, che vedeva già partire la possibilità di assicurazione fatta dalle persone in ambito lavorativo, cioè i giovani che potevano lavorare o per chi già era anziano,

eventualmente attraverso la copertura di un fondo pubblico, che prevedeva un intervento sul discorso della non autosufficienza.

Ho detto anche prima quanto siamo incappati in problemi rispetto al discorso imprenditori, sindacati, eccetera, per cui stiamo valutando nuovamente il percorso, tra l'altro è un discorso questo che è già stato portato avanti a livello europeo, esiste in Germania l'attivazione di un percorso di questo tipo, allora questo ci permetterebbe comunque un passaggio in via transitoria rispetto ad un progetto più complessivo, che mi auguro in breve tempo possa essere costruito e possa dare una risposta complessiva rispetto ad un bisogno che oggi è emergente, sia nella provincia di Trento che in quella di Bolzano.

La cons. Zendron prima diceva che qui c'è un programma di intervento vago, non si sa come questi soldi verranno spesi eccetera, devo dire che per quanto riguarda la Provincia di Trento noi abbiamo appena votato una legge sugli anziani, per le persone non autosufficienti o affette da gravi disabilità, che prevede un intervento che ha come obiettivo di mantenere il più possibile a lungo le persone all'interno della propria casa o della propria famiglia, comunque all'interno delle relazioni di vicinato e parentali cui uno ha sempre fatto riferimento nella sua vita.

Diamo anche degli indirizzi rispetto a questo progetto, abbiamo però ravvisato nella Giunta, e quindi nella Giunta provinciale in questo caso, in via amministrativa la regolamentazione di questo problema. Si parla sempre di delegificare, di semplificazione delle procedure, anche in questo senso abbiamo già individuato il modo di intervenire rispetto a questo problema, ci è stato chiesto proprio dagli altri consiglieri di rinviare le modalità ad una delibera di Giunta e questo abbiamo fatto per quello che ci riguarda nella legge 63 della Provincia di Trento, quindi in via amministrativa noi regolameremo tutto il percorso, sia per quanto riguarda l'erogazione dei contributi, sia i controlli che chiaramente rispetto a questi devono essere fatti.

Credo che questo problema sia importantissimo, proprio perché essendo le nostre due Province quelle che in Italia hanno più speranza di vita, quindi hanno il maggior numero di persone anziane non autosufficienti, dobbiamo fare uno sforzo maggiore rispetto alle altre regioni d'Italia per rispondere ai bisogni presenti, pesanti per quanto riguarda la gestione familiare, di queste patologie di non autosufficienza, facendo lo sforzo di dare delle risposte concrete e che permettano il più possibile alle famiglie di rispondere ai bisogni dei propri parenti e dei propri anziani o dei propri disabili.

Abbiamo in questo senso fatto una legge in provincia di Trento, regolameremo questo in via amministrativa, riteniamo che questo intervento della Regione possa essere importante come momento in via transitoria, al fine di individuare poi un intervento più complessivo di risposta, verso il quale ci stiamo insieme indirizzando.

PRÄSIDENT: Die Abg. Kury hat das Wort. Danke.

KURY: Danke, Herr Präsident. Auch nach den Worten der Frau Assessor Conci wird mir das Problem nicht klarer. Ich glaube wir sind uns einig, daß dieser Artikel 4 hier eigentlich das Herzstück einer Reform sein sollte, die tatsächlich große Auswirkungen in der Zukunft der Vorsorge gehabt hätte. Ich glaube darüber gibt es keine Auseinandersetzung. Nur, wir wissen ja alle, daß Landesrat Saurer vor allem also was Südtirol betrifft hier stimerunzelnd oder sorgenvoll Zahlen zitiert, wie die Entwicklung in der Zukunft sein wird und ich denke kein Mensch zweifelt an diesen Zahlen. Wir wissen alle, es ist eine der größten Herausforderungen, wie wir mit diesem Problem umgehen. Insofern teilt uns wahrscheinlich alle hier das Bewußtsein, daß wir hier handeln müssen, nur was man dann sieht, wie man handelt, da kann man nur sagen, daß es kläglich ist. Auch da werden wir uns alle einig sein, wenn wir uns nichts in die Tasche lügen wollen, daß das was man will oder was man sagt was man will und das was man dann tatsächlich tut einfach inadäquat ist.

Wenn ich es noch einmal genau anschau, Herr Landesrat Saurer hat vorher gesagt, hier steht schon etwas drin, natürlich steht etwas drin, es steht z. B. drin, wir hätten die Kompetenz. Die Frage bleibt offen: warum nützen wir sie dann nicht? Und es steht auch drin: in Erwartung einer gesamtstaatlichen Lösung und da sehe ich auch schwarz. Nun bin ich ja nicht so naiv, daß ich nicht weiß, warum wir inadäquat handeln, warum man nicht imstande war, diesen sogenannten Konsens herzustellen, und ich glaube dazu müßte man ein Wörtchen hier verlieren, nämlich es war ganz klar, daß die beitragsbezogene Lösung, wie sie von Anfang an ins Auge gefaßt worden ist, auf einer Seite ganz deutlich boykottiert worden ist. Wir kennen die Polemiken, die vor einem halben Jahr stattgefunden haben und die erst kürzlich wieder vom Zaun gebrochen worden sind, anlässlich der Versammlungen bestimmter Kategorien. Und da frage ich mich, ob es nicht Zeit wäre, uns in diesem Saal darüber Gedanken zu machen, ob wir es weiterhin akzeptieren, daß eine Kategorie in Südtirol und in der Region natürlich auch - ich kenne mich hier in Südtirol besser aus - daß von einer Kategorie ganz einfach „nein“ gesagt werden kann, unwidersprochen „nein“ gesagt werden kann, wenn es darum geht, einen sozialen Beitrag zur Lösung eines Zukunftsproblems zu leisten.

Das ist das Problem hier und nicht die Frage ob jetzt 5 Milliarden oder 10 Milliarden usw. vorgesehen werden, sondern daß eine Kategorie - und es handelt sich um eine solche, in deren Geldtaschen jahrelang massiv Ströme von Geld geflossen sind - nun in dem Augenblick, wo man eben von ihr einen Sozialbeitrag verlangt, den sie ja auch verlangt, wenn sie öffentliche Gelder in Anspruch nimmt, dann einfach „nein“ sagen kann. Das geht nicht. Ich glaube darüber müßten wir reden, wir müßten darüber reden, ob Teile unserer Gesellschaft, die ausgiebigst am Landeshaushalt teilhaben, nicht auch dann in dem Augenblick zur Kasse gebeten werden müssen, wenn es darum geht, die sozialen Belange aller in Zukunft zu lösen.

Wenn man von Geld noch einmal reden will: Landesrat Saurer hat in der Früh gesagt, es würde ungefähr 210 Milliarden kosten, diese Pflegeversicherung mindestens einzurichten und er hat auch die Aufteilung aufgezählt. Wir wissen, die IRAP ist noch fraglich, aber er hat gesagt, 85 Milliarden Lire wären durch die Aufstockung dieser Beiträge zustande gekommen, wo das „nein“ einer bestimmten

Kategorie alles blockiert hat. 85 Milliarden Lire, also es kann sich hier nicht um horrenden Summen handeln für einen Teil der Sozialpartner. Im Grunde möchte ich nur noch daran erinnern - und das gilt jetzt für alle Mehrheitsparteien hier - ich möchte nur noch daran erinnern, daß in den letzten Jahren fast 85 Milliarden zurückgeflossen sind z. B. von den Töpfen des Landeshaushaltes in den Regionaltopf, ungenützt zurückgeflossen sind, weil wir nicht imstande waren, die Gesetze so zu adaptieren, daß sie den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Hätten wir diese Gelder wenigstens genützt, statt sie einfach wieder ungenützt zurückgehen zu lassen, hätten wir vielleicht bereits einen kleinen Fonds. In Zukunft denke ich muß die Frage hier nach der sozialen Politik, nach der Verantwortung aller in diesem Land am sozialen Wohlergehen neu gestellt werden.

PRÄSIDENT: Abg. Morandini hat das Wort. Bitte

MORANDINI: Grazie Presidente. Ho ascoltato con molta attenzione l'intervento della collega Kury e posso capire l'amarezza per chi confidava da subito l'intervento di questo genere, nel vedere che in sostanza questa norma, su cui stiamo discutendo e che andremo fra pochi minuti a votare non è completamente soddisfacente, penso che di questo va dato atto. Peraltro va anche dato atto che il lavoro che insieme, ne dà ragione per la nostra parte di proposta, abbiamo fatto come proponenti il disegno di legge n. 78, i colleghi che lo hanno proposto, assieme ai proponenti del disegno di legge n. 63 dello SVP, per andare a migliorare gli interventi del pacchetto famiglia, ci ha fatto correttamente in questa fase ritrovare su una norma che - convengo con lei - non è completamente soddisfacente in questa fase, comunque penso che oggi sia il possibile.

Allora non è stato detto assolutamente nel lavoro fatto di confronto su queste proposte di legge migliorative delle leggi attualmente in vigore del pacchetto famiglia, che questa è la Pflegeversicherung, perché evidentemente lei sa meglio di me che per parlare di Pflegeversicherung ci vuole l'accordo delle parti sociali e questo a tutt'oggi non c'è. Allora penso che il legislatore avrebbe fatto una cosa fuori dalla realtà e probabilmente non attuabile, se forzasse la mano in questa direzione, peraltro va detto che si gettano oggi le basi con questa norma per avviare questo discorso, non è detto, sia ben chiaro, che questo darà certezza, perché evidentemente non può dipendere dal legislatore, però questa è oggi l'unica possibilità concreta per il legislatore per gettare le basi per questo.

Non solo, ma a nostro avviso questo può essere annoverato fra interventi tipici di previdenza integrativa, nel senso che è giusto che la Regione, che sovente non sa dove investire, per investire bene i propri miliardi, li investa in questa direzione, a sua volta saranno le Province, a partire da quella di Trento, che recentissimamente ha approvato il disegno di legge sugli anziani, che con norma regolamentare disciplineranno l'assistenza ai non autosufficienti.

Penso che questo è un primo passo a cui realisticamente poi, una volta che ci sarà il concerto delle parti sociali, che auspicio possa avvenire presto, potrà essere fatto

per ulteriormente aggiungere altri passi a questo cammino per realizzare questo tipo di interventi.

PRÄSIDENT: Danke. Die nächste Rednerin ist die Frau Chiodi. Prego, signora.

CHIODI: Collega Romano, innanzitutto è inutile che continuiamo a girarci intorno, il titolo di questo articolo non è appropriato, perché “Fondo di copertura previdenziale ed assistenza per i non autosufficienti” non risponde a quello che c’è scritto in questo articolo. E’ inutile girare intorno al discorso che in questo articolo c’è un programma, un programma di cosa? Qui non c’è nulla, siccome non si poteva fare quello che molti di noi abbiamo sempre detto, cioè la copertura previdenziale per l’assistenza ai non autosufficienti sarebbe stato il passo più importante di questo disegno di legge, sarebbe stato anche la dimostrazione che andavamo ad occupare dei soldi ed andavamo ad investire dei soldi in risposte a sollecitazioni che sono venute da altre parti, ma che davano anche una copertura a questo impianto del disegno di legge, ai miliardi che stiamo spendendo, che andava in una certa direzione.

Lì ci sarebbe stato il programma, avremmo anche potuto dimostrare all’esterno che facevamo un passo importante. Continuiamo a dire che la Regione ha parecchi soldi, li usa - chi dice bene, chi dice male - in svariati rivoli, è anche vero che se avessimo fatto questo passaggio totalmente saremo riusciti a mettere sul piatto un programma fatto come si doveva, ma non lo abbiamo fatto.

Allora voglio dire, collega Conci che, se avete valutato tutto il pacchetto famiglia, nel suo intervento diceva che in questo modo si va a legiferare e fare tutta una serie di cose, o non sono capace di leggere io o non lo è capace lei, soprattutto non è capace di capire che in questo disegno di legge stiamo facendo un caos tremendo, ma soprattutto in questo disegno di legge manca la struttura forte che era l’assistenza dei non autosufficienti.

Credo che questo può tornare comodo a lei, perché sta uscendo da un dibattito provinciale su una legge degli anziani, degli invalidi e quando discutevamo sulla legge degli anziani nessuno di noi riusciva a capire dove lei doveva andare a prendere quei soldi adesso lo capiamo, lei va pescare i soldi nella legge regionale, però non venitemi a parlare di programmi perché mi offendo, perché se venite a dire che qui dentro c’è un programma, un obiettivo io mi offendo mortalmente, perché qui non c’è niente, è un articolo fatto in qualche maniera, dove i più buoni o meno buoni dicono: prendiamo 5 miliardi, li mettiamo da una parte perché apriamo una porta, però sono anche stufa di vedere soldi della Regione, perché non siamo capaci di usarli, messi da una parte e poi vengono usati a seconda dell’aria che tira o di quello che decide il Presidente.

Dobbiamo dire chiaramente che qui dentro non c’è alcun passaggio sulla situazione di cura, perché se vogliamo contrabbandare questo articolo come l’articolo per la situazione di cura siamo dei disonesti e siccome credo che qui dentro nessuno voglia passare per disonesto, credo sia giusto fare un passaggio nel dire le cose come stanno. Non c’è stato accordo politico sull’impegno finanziario che avrebbe comportato

l'inserimento dell'assistenza ai non autosufficienti, perché sappiamo la discussione che c'è stata all'interno dello SVP, allora è meglio mettere da parte 5 miliardi per le persone bisognose, mettiamoli, però non passatemi questo per un programma! E' una pezza messa su una discussione interna alle formazioni politiche, su una maggioranza che non è capace da decidere una svolta programmatica, buttiamo lì i soldi, ne abbiamo e poi vediamo, è questa la scelta politica che dobbiamo fare fatela! Piuttosto che buttare soldi in convegni, libri, eccetera, mettiamo 5 miliardi per le persone che ne hanno bisogno, può avere ragione Morandini, però io ho un'altra visione politica.

Dopo la legge che abbiamo fatto e questo doveva essere un intervento che faceva fare un salto di qualità a questo disegno di legge, non siamo riusciti a fare salti di qualità e siamo qui a raccontarci le bugie, qualcuno dice ben venga perché così noi trentini abbiamo le risposte a dove l'assessore Conci andava a prendere quei 5 miliardi che le mancavano e parliamo di soldi accantonati.

Sono convinta che questo non sia il modo di legiferare, facendo articoletti di questa portata sono imbrogli ed è meglio dire che non si è raggiunto l'accordo politico, una parte della maggioranza non voleva l'inserimento di questi articoli nella legge, questa legge probabilmente per avviare l'assistenza agli autosufficienti era troppo costosa, si è arrivati ad un compromesso e mettiamo un po' di soldi. Allora se dite questo vi posso ascoltare e posso anche tentare di capire, se venite a raccontarmi che qui dentro c'è una programmazione, che c'è quello che non c'è, davvero denuncio pubblicamente che siete degli imbrogliatori!

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, endlich.

BENEDIKTER: Das ist der Artikel, womit das Ende der sogenannten Pflegeversicherung eben in aller Form gesetzlich verankert wird, das ist sicher. Wir können keine Pflegeversicherung machen, wir müssen warten was der Staat macht, der Staat wird auch keine Pflegeversicherung machen, denn die Pflegebedürftigen werden das nicht zahlen, sondern wenn schon, nachdem er ja ganz Italien gleich behandeln muß, die Aktion für die Unterstützung, für die Fürsorgeleistung an die Pflegeversicherung. Die Region kann meiner Ansicht nach zwar den Provinzen Geld abtreten, das kann sie, aber sie kann nicht den Provinzen vorschreiben was sie mit dem Geld zu tun haben. Sie kann nicht sagen: Du Provinz mach inzwischen Fürsorgetätigkeit für die sogenannten Pflegebedürftigen bis wir Region mit unserer Zuständigkeit für ergänzende Vorsorge, bis wir, nachdem der Staat ein Gesetz gemacht haben wird, unser Gesetz gemacht haben werden. Das kann sie meiner Ansicht nicht.

Abgesehen davon gibt der Titel nicht wieder was drinnen steht, denn dann müßte im Titel stehen: Fonds für Fürsorgeleistungen an die Pflegebedürftigen. Abtretung eines Fonds an die Provinzen für Fürsorgeleistungen an die Pflegebedürftigen. Das ist der Inhalt, wenn schon, aber nicht die Versicherungsdeckung, die wird da nicht geregelt, im Gegenteil. Da heißt es ja, indem wir es nicht decken können und das Staatsgesetz abwarten müssen, bekommen die Provinzen inzwischen je

5 Milliarden, um Fürsorgeleistungen zu machen und das ist Sache der Provinzen, das ist ihre Sache, ob sie es tun oder nicht tun.

PRÄSIDENT: Abg. Romano, bitte zur Replik. Einen Moment bitte. Bitte Abg. Alessandrini. Prego, consigliere.

ALESSANDRINI: Ho ascoltato con grande attenzione l'intervento del collega Saurer, egli sa di quanta stima io stesso lo circondi, però non sono stato affatto convinto delle sue spiegazioni. Capisco che c'è un problema per giustificare il trasferimento dei fondi dal bilancio della Regione al bilancio della Provincia, capisco che si possa auspicare uno strumento come quello che l'articolo indica come attesa, eccetera. Allora questi sono degli auspici che tutti facciamo, probabilmente potremo anche concordare che piuttosto che sperperare i soldi in Regione è meglio destinarli alla Provincia con un vincolo di destinazione, ma che qui non andiamo a disciplinare anche minimamente un barlume di idea che abbia a che fare con la Pflegeversicherung, questa dobbiamo dirlo è una profonda inesattezza, non corrisponde assolutamente al testo dell'articolo; il testo dell'articolo auspica uno strumento di quel genere, di fatto riguarda il trasferimento di fondi dal bilancio della Regione al bilancio delle Province con un vincolo di destinazione e notate bene che nel testo italiano si parla: 'destinato alla copertura degli oneri derivanti da interventi di assistenza a favore delle persone' quindi il termine 'assistenza' cancellatelo dal titolo, è comunque nell'articolo e quindi questa rende problematica la compatibilità di questo testo.

Nel testo tedesco più propriamente si parla solo di Maßnahmen, non c'è nemmeno 'interventi di assistenza', quindi sollevo esplicitamente il problema della congruità del titolo rispetto al testo e quindi questa è un'obiezione di carattere politico innanzitutto, perché non possiamo andare a prenderci in giro, ma anche è un'obiezione di carattere tecnico, il resto se c'è bisogno di giustificare e di non incorrere in rinvii del Governo per il trasferimento di questi fondi, allora è meglio che riscriviamo l'articolo, se non altro nella parte italiana, perché si dice: 'Oneri derivanti da interventi di assistenza a favore delle persone non autosufficienti', quindi pensiamoci su, evitiamo se non altro di incappare in rischi di rinvio legislativo e vediamo soprattutto di non prenderci in giro, come molti altri colleghi hanno detto.

Alla fine, se si vuole che alcuni miliardi della Regione vadano alle due Province, studiamo un testo che regga sotto il profilo giuridico e studiamo un testo che non costituisca una presa in giro né per noi, tanto meno per i cittadini.

(interruzione)

ALESSANDRINI: ...ma non possiamo anche prenderci in giro che le due Province avviano interventi di previdenza! Lo riscriva questo articolo, perché non regge minimamente!

PRÄSIDENT: Abg. Alessandrini. Sie haben ja schon zu diesem Thema bei der Titelgestaltung hingewiesen und ich muß jetzt in Ergänzung zu dem was Sie vorhin gesagt haben, sagen - natürlicherweise immer im Einverständnis mit den Einbringern, und das bin nicht ich, sondern die Kollegen Romano/Saurer -, daß wir alle Hinweise auf die „assistenza“ herausnehmen müssen, sonst stehen wir in krassem Widerspruch zu den Kompetenzen. Das würde also nicht nur beim Titel heißen: Fondo di copertura previdenziale ai non autosufficienti - senza le parole per l' assistenza - es würde in der dritten Zeile heißen: in attesa di un' organica disciplina in campo nazionale della copertura previdenziale ai non autosufficienti - togliendo la parola dell'assistenza - und es würde weiter in der drittletzten Zeile heißen: destinato alla copertura di oneri derivanti da interventi di previdenza a favore delle persone non autosufficienti.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Das geht schon, weil das würde eine Art Delegierung darstellen.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter zum zweitenmal.

BENEDIKTER: Nur um zu sagen: ich kann nicht sagen, die Region gibt den Provinzen Geld, damit sie „interventi di previdenza“ vornehmen. Die Provinzen sind ja nicht zuständig für die „previdenza“. Zuerst sagt man: wir machen kein Gesetz, weil wir auf ein Staatsgesetz warten, weil wir uns nicht getrauen jetzt ein Gesetz zu machen, aber dafür geben wir den Provinzen Geld, damit sie „interventi di previdenza“ machen, wo sie nicht zuständig sind. Die Region, wenn schon, hat die ergänzende Zuständigkeit und sagt selber sie macht es nicht, weil sie warten muß, ob der Staat etwas tut. Dann kann ich nicht sagen: „interventi di previdenza“ der Provinzen. Macht es nur, dann muß es wohl rückverwiesen werden, dieser Unsinn.

PRÄSIDENT: Der Vorschlag wurde gemacht, einen Moment auszusetzen, um die Gelegenheit zu geben, über den Artikel nachzudenken. Ich bin nicht der Einbringer, somit stelle ich die Frage an die Einbringer, das wären Romano und Saurer oder umgekehrt Saurer und Romano. Ich habe kein Problem jetzt auszusetzen und in einer Viertelstunde oder in einer halben Stunde darauf zurückzukommen. Somit, wenn Sie alles diskutieren, prüfen und dann wieder einbringen wollen...bitte Herr Saurer.

SAURER: Ich glaube, daß dieser Artikel sehr durchdacht ist. Wir sind auf dem Weg zu einem Institut. Auf diesem Weg haben wir festgestellt, daß einige Dinge fehlen, und zwar denken wir, daß es gut ist, daß der Staat die Richtung anzeigt. Die Region hätte an sich die Pflicht zu intervenieren. Es gibt in ganz Europa x Staaten, wo das eine Vorsorge ist, x Staaten gibt es, wo das eine Vorsorge ist und wenn die Regierung jetzt nicht in der Lage ist, ihrer Pflicht nachzukommen, dann müssen inzwischen die Länder über das

Pflegegeld anstelle der Region intervenieren und dann ist es auch richtig, daß die Region, die nicht in der Lage ist, politisch zu intervenieren, den Ländern eine bestimmte Summe Geld gibt, für die Zwecke, die an sich die Region wahrnehmen müßte. Infolgedessen stimmt das alles und ist juridisch gut durchdacht worden, mit Ausnahme der Formulierung, daß die „Fürsorge“ herausgenommen werden muß, aber sonst sind es „interventi della provincia“.

PRÄSIDENT: Laut dieser Meinung bräuchten wir keine Unterbrechung. Die Abg. Klotz zum zweitenmal... ich habe nur geprüft, Frau Abg. Klotz bitte.

KLOTZ: Nach dieser Präzisierung von Landesrat Saurer ergeben sich aber nur noch mehr Fragen, Herr Landesrat, und ich ersuche wirklich um klärende Auskunft. Es heißt einerseits: Einrichtung des Fonds für die soziale Pflegeversicherung...

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.

KLOTZ: Ich warte auf den Landesrat Saurer... nachdem Assessor Romano nicht da ist, erwarte ich mir vom Landesrat eine Klärung. Einerseits heißt es hier und der Titel soll ja bleiben: Einrichtung des Fonds für die soziale Pflegeversicherung. Der Herr Landesrat sagt, wenn die Region nicht in der Lage ist, eine solche Einrichtung zu verwirklichen, dann soll man danach trachten, daß die Provinz ihrer Verpflichtung nachkommt. Was heißt das jetzt, Landesrat Saurer? Daß dann das Land Südtirol beispielsweise eine eigene Versicherung oder die Basis für eine eigene Versicherung schafft und diese 5 Milliarden dafür verwendet werden oder ist es doch so, daß die 5 Milliarden dann Fürsorgegelder sind, d.h. daß die 5 Milliarden nicht in einen Versicherungstopf kommen, sondern über „Interventionsprogramme“, wie hier steht, an Pflegebedürftige verteilt werden. Dann ist das aber ein Widerspruch in sich, dann ist es erstens keine soziale Pflegeversicherung und zweitens schafft damit das Land nicht eine Einrichtung, wie Sie gesagt haben, wie sie eben in den umliegenden mitteleuropäischen Ländern besteht.

Bitte erklären Sie uns was es dann eigentlich wirklich ist. Sie sagen ja, im Grunde genommen haben die Länder diese Zuständigkeiten, warum dann nicht gleich danach trachten, warum dann nicht gleich so weitermachen, daß das Land diese Pflegeversicherung endlich umsetzen kann, endlich diese Pflegeversicherung schaffen kann. Warum gehen Sie diesen Weg, der sich abzeichnet eben doch als kleine Fürsorgemaßnahme, aber nicht als das was eben gedacht war: eine regelrechte Versicherung? Es ist sehr unklar die ganze Sache so.

PRÄSIDENT: Wo ist der Herr Assessor Romano hingegangen? Ich weiß nicht. Mir ist es gleich. Ich lasse den Abg. Saurer gleich zu Wort kommen. Ich habe Bedenken gegen die vorliegende Formulierung aus verfassungsrechtlicher Sicht. Ich mache kein Problem daraus. Ich möchte nur darauf hingewiesen haben, weil ich nicht möchte, daß dann das ganze Gesetz zurückkommt. Deshalb hätte ich gebeten, daß man es anschaut. Ich hätte

die Zeit gegeben, 20 Minuten, wir machen es heute noch, wir greifen es wieder auf, schauen Sie es sich bitte an. Wenn es bestätigt wird, dann bringe ich es so zur Abstimmung, wenn Sie eine bessere Formulierung finden, dann umso besser. Ich kenne das Amt für Regionen in Rom recht gut und ich weiß auch wie argumentiert wird und somit wollte ich darauf aufmerksam machen.

Es ist nicht das erste Mal, daß das Familienpaket nach Rom geht und ich war beim erstenmal unten....Abg. Benedikter macht weite Schlüsse. Ich werde jedes Gesetz, das der Regionalrat genehmigt, als Präsident dieses Organs vertreten und verteidigen, Abg. Benedikter. Das gilt auch für das Familienpaket...Sie haben momentan nicht das Wort. Es geht nicht um Unparteilichkeit. Der Präsident des Regionalrates vertritt den Regionalrat und die von ihm beschlossenen Gesetze und Beschlüsse. Das wissen Sie ganz genau. Wenn einmal etwas beschlossen ist, dann ist es beschlossen.

Sind Sie einverstanden, Abg. Saurer. Oder wollen wir abstimmen? Mir es gleich. Es ist ein Frage der Opportunität. Abg. Pinter zum Arbeitsverlauf? Ma non Terragnolo, per favore...daß er heimgehen möchte, da wohnt er nämlich.

PINTER: Presidente, non sto cercando pretesti, perché non mi interessa veramente niente, da questo punto di vista, far perdere tempo al Consiglio, però mi pare che stiamo esaminando un passaggio abbastanza importante, di una certa rilevanza, siamo in assenza dell'assessore che ci fornisca risposte precise su tale questione, sappiamo che alle ore 18.00 dobbiamo sospendere i lavori e che lei oltretutto non c'è, quindi non è chiaro se c'è la possibilità di riprendere, guardi quanti siamo in aula, ragionevolmente credo che in ogni caso oggi non completiamo la legge e mi sembra assodato, quindi le chiedo se non valga a questo punto la pena di chiudere la seduta prima che cada il numero legale, altrimenti chiedo la verifica del numero legale.

PRÄSIDENT: Wir setzen den Artikel momentan aus. Ich sehe keine Widersprüche und somit warten wir bis Assessor Romano zurückkommt bzw. bis eventuelle Klärungen erfolgen.

Ich gehe zum nächsten Artikel. Art. 13. Der Artikel 13. Dazu hat Abg. Pinter einen Aufhebungsantrag vorgeschlagen. „Errichtung zweier autonomer Vorsorgeanstalten wird aufgehoben“. Prego, consigliere per l'illustrazione.

PINTER: Grazie Presidente. L'articolo 13 prevedeva la costituzione di due istituti autonomi di previdenza, è un'altra di quelle previsioni contenute originariamente dal testo approvato dal disegno di legge, che è nato come modifica o revisione del pacchetto famiglia, via via è diventato o voleva diventare un provvedimento legislativo che istituiva la Pflegeversicherung e che poi tra le altre cose prevedeva la nascita di due nuovi istituti autonomi di previdenza, ovviamente due perché uno per la Provincia di Trento ed uno per la Provincia di Bolzano.

A me sembra evidentemente che questa istituzione, allo stato delle cose, sia assolutamente immatura e senza entrare più di tanto nel merito credo che in ogni caso vada stralciata da questo disegno di legge, non esiste alcuna giustificazione, non esiste,

in assenza di specifiche norme di attuazione che disciplinano questi aspetti, l'opportunità di costituire due istituti autonomi di previdenza.

Pertanto credo che questo disegno di legge debba rimanere per quello che è, perché già problemi ce ne sono a sufficienza, cioè limitarsi a quella che riguarda la modifica della legge n. 4, ma senza caricare questo disegno di legge di previsioni che risulterebbero francamente in questo momento assolutamente fuori luogo.

PRÄSIDENT: Danke. Jetzt sprechen wir momentan zu den Aufhebungsartikel der Sozialvorsorgeinstitute. Abg. Saurer dazu?

SAURER: Ich möchte nur darauf hinweisen, an die Mehrheit gerichtet, daß die Errichtung dieser Anstalten schon einige Male im Koalitionsprogramm Eingang gefunden hat und bei der Bildung der Regierung der Wille zum Ausdruck gebracht worden ist, daß diese Anstalten errichtet werden. Hier sind noch einige Hausaufgaben im Zusammenhang mit der Realisierung der statutarischen Situationen der beiden Länder und auf Regionalebene zu erfüllen.

Es geht nicht darum, daß man hier blind ist, sondern das Statut und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen reden von der Möglichkeit der Errichtung dieser Anstalten. Die Durchführungsbestimmungen reden auch von der Möglichkeit die Aufgaben der INPS und INAIL an diese Institute zu übertragen und ich sehe absolut nicht ein, nachdem diese Dinge schon seit Jahren auf dem politischen Tisch liegen, nachdem die Entwürfe die Errichtung dieser Institute enthalten haben und nicht nur die Entwürfe, die jetzt vorliegen, sondern auch vorhergehende Entwürfe, sehe ich absolut nicht ein, wieso man diese Anstalten nicht errichten sollte, im Zusammenhang mit der Abrundung des gesamten Sozialpaketes. Sie gehören ganz eng dazu vor allem was die Verwaltung des gesamten Bereichs anbelangt. Es ist ja auch die Delegierung der Zuständigkeiten an die beiden Länder vorgesehen, um diese Institute bzw. Anstalten - um nicht immer das falsche Wort zu verwenden - um diese Anstalten verwalten zu können und effizient verwalten zu können und insofern sollen sie errichtet werden.

PRÄSIDENT: Danke. Weitere Wortmeldungen? Abg. Gasperotti bitte.

GASPEROTTI: Una battaglia di principio. Qui si vuol fare entrare nella branca della previdenza questioni non previdenziali, la previdenza, per quanto riguarda la Repubblica italiana e del contenuto costituzionale non parla di un'ulteriore assicurazione per coprire le spese o la garanzia dell'assistenza nella terza età o qualora intervenisse una questione di non mobilità o di autosufficienza, la copertura c'è già e si chiama copertura sanitaria, lo scrive in maniera precisa anche il patto per la salute del Governo, non riesco a capire perché questo sia un pallino perché si vuole adottare un sistema che altrove ha trovato soluzioni a problemi diversi dei nostri, là sì non c'è l'assicurazione come c'è scritto sulla nostra Costituzione, là sì non si dice che si garantisce, ma eventualmente si supporta. Allora quando c'è scritto 'garanzia' scritto 'garanzia' e chi vuole creare, attraverso dei sotterfugi, demolizioni costituzionali, si rivolga altrove, perché questo è il

vero scontro, si vuole mettere assieme un'assicurazione e ormai questo popolo Trentino e altoatesino di assicurazioni fa vivere fette di economia, perché stiamo noi, con le nostre finanze, attraverso finanziamenti che arrivano dal mondo contadino, industriale, artigianale, pubblico e para-pubblico, finanziando assicurazioni, che poi diventano finanziarie che operano contro le politiche del pubblico per realizzare il maggior numero di profitti.

Le speculazioni non vengono a caso, sono prodotte da questa necessità di produrre massimo rendimento dei capitali investiti e questo è un'esigenza assicurativa.

Questa assicurazione, e si vuole far passare come necessità, come richiesta dei cittadini, non è vero, la richiesta è che noi dobbiamo fare il nostro lavoro fino in fondo e chi deve garantire la salute e l'assistenza lo deve fare! Non lo fa perché è incapace di governare e c'è un'incapacità politica, se le Province non garantiscono l'anziano, quello che non è autosufficiente, la dignità di persona umana è perché sono degli incapaci, anzi forse politicamente sono più favoriti del rispetto dei diritti che dei doveri.

Allora il dovere per chi amministra è far rispettare la legge e rispettarla, rispettarla, c'è scritto nella Carta costituzionale, c'è scritto anche nell'ultima norma che ha emanato lo Stato, per quanto riguarda la salute e l'assistenza, dovete garantire tutto a chi è in condizioni di non autosufficienza! Assessore Romano, un suo sfizio, che è di imitare altre realtà, che hanno altre leggi, altri principi, altre difese, diventa uno sfizio che toglie i diritti, perché lei con questo principio mi dice che è un optional quello di garantire l'assistenza.

Allora questa assicurazione, perché i fondi diventano solo assicurativi...

(interruzione)

GASPEROTTI: con il suo collega Saurer, mentre lei non era presente, per non dire che era assente, abbiamo sospeso un articolo proprio per questo, diceva: dovremmo fare una raccolta di tutti quegli enti previdenziali che si occupano e faceva l'esempio dell'INAIL, l'INPS e della parte che riguarda... parli con il suo collega Saurer, lei era assente!

Finisco per dire che attraverso questi piccoli passi non si va verso un miglioramento delle condizioni dei diritti e dell'organizzazione che propone il diritto, ma si va verso un'autonomia, che non produce miglioramento, ma un falso miglioramento. Forse questo risponde di più alla distribuzione di incarichi e di consegna di compiti e di stipendi e di cariche a soggetti che sono locali, ma non va a beneficio sicuramente del cittadino, questo voglio dire.

Se si potevano fare delle critiche all'INPS negli anni scorsi, in questi ultimi anni dobbiamo ammettere che questo istituto è riuscito a superare se stesso ed a produrre una capacità propositiva ed organizzativa che non ha niente da invidiare con altre organizzazioni.

Lamentiamo autonomia? Ma l'autonomia dovrebbe essere quella che risponde meglio al cittadino, proponiamo qualcosa di diverso? Sì qui si propone questo organismo di istituti autonomi di previdenza delle due Province.

Questo percorso non va a beneficio del cittadino ed è per questo che sostengo l'emendamento soppressivo presentato dal collega Pinter.

PRÄSIDENT: Abg. Alessandrini, bitte.

ALESSANDRINI: La stringata spiegazione del collega Saurer sulla opportunità di addivenire all'istituzione degli istituti autonomi di previdenza a carattere locale, non mi ha convinto, non so se perché i termini disponibili al collega Saurer erano insufficienti, ma devo dire che le sue brevissime spiegazioni non sono state convincenti, perché e vogliamo ipotizzare un aumento dei livelli di efficienza ed efficacia degli istituti previdenziali, bene ha detto il collega Gasperotti e questi sono dati che danno tutti gli istituti di ricerca, se c'è un'amministrazione pubblica in Italia che ha fatto passi da gigante sotto il profilo dell'efficienza amministrativa e tecnica, questa amministrazione pubblica è l'INPS.

Quindi non so, sotto questo ambito, quali risultati migliori potremmo attenderci. Certo c'è un altro istituto previdenziale che invece brilla per la sua inefficienza e che interessa circa 40 mila dipendenti, si tratta dell'istituto che assicura i dipendenti pubblici l'INPDAP. In quell'ambito sono convinto che potremo avere un certo recupero di efficienza, che oggi invece nell'INPDAP non abbiamo.

Al di là di questo e quindi facendo i conti con il pragmatismo dei dati, cioè con i risultati che ci portano le analisi di natura scientifica sui livelli di efficienza della pubblica amministrazione, l'INPS certamente non è fra le amministrazioni che sono in ritardo sotto questo profilo.

Credo ci sia da aggiungere altro. Le norme di attuazione ricordate da Saurer risalgono al 1978, se ricordo bene, quindi sono norme di 20 anni fa, è preistoria rispetto alla modifica e all'accelerazione di mutamenti di questi ultimi anni, credo che oggi potremo certamente, non solo nei confronti di tutto il sistema dell'UELFA, ma in particolare rispetto al sistema della previdenza e del sistema pensionistico, avere delle preoccupazioni; come in tutti i paesi del mondo i sistemi pensionistici, cosiddetti a ripartizione, sono in crisi, perché la quantità di coloro che pagano risulta stabile, se non in calo, mentre la quantità dei percettori di pensioni aumenta.

Il collega Benedikter ci ricorda spesso il sistema cileno, è un sistema a capitalizzazione e quindi completamente diverso dal nostro, ma tutta l'Europa si fonda su sistemi pensionistici a ripartizione, che certamente sollevano degli interrogativi, in Italia con fatica abbiamo ipotizzato il sistema delle pensioni complementari, un sistema che funziona a capitalizzazione o ad accumulazione, ma questo non è stato privo di costi, soprattutto per le nuove generazioni, che stanno maturando a carico dei sistemi pubblici tradizionali, entità di pensioni meno della metà di quelle di cui godono i cinquantenni, molti come quelli che siedono in quest'aula.

Allora credo che dobbiamo essere preoccupati dell'evoluzione dei sistemi pensionistici. Abbiamo fatto bene come Regione ad avviare gli istituti della pensione complementare, però non credo che arrivare oggi ad istituire gli istituti autonomi migliori di qualche cosa sotto il profilo della certezza e del futuro delle giovani

generazioni, anzi ho la paura che istituiti a questo stadio si vada ad aggiungere complicazione a complicazione, perché, collega Saurer, nella Provincia di Trento per la gestione del pacchetto famiglia si è già provveduto, istituendo un ente apposito, che ha una forma giuridica a se stante, che si chiama 'agenzia per la previdenza integrativa'.

Come Regione abbiamo avviato con figura autonoma e quindi con una sua personalità giuridica il centro delle pensioni complementari, che poi si avvarrà dei fondi come disciplinati dalla legge nazionale.

Quindi arrivare ad oggi, dopo che nell'ambito della previdenza integrativa in provincia di Trento abbiamo già istituito un organismo ad hoc, dopo che a livello regionale, sul piano della pensione complementare abbiamo istituito il centro delle pensioni complementari, arrivare ad oggi, a 20 anni di distanza di quelle norme di attuazione, mi pare veramente un'operazione che non riesco a convincermi sia utile a qualche cosa, tanto più che siamo in una fase costituente della Regione e delle Province, stiamo mettendo mano ad un processo di revisione profonda del nostro sistema autonomistico, è noto, di revisione dello statuto, a tal proposito vi sono indicazioni anche che provengono dalla Bicamerale, siamo nell'ambito dell'avvio tortuoso, difficile, non chiaro nei suoi sbocchi, di un processo di federalizzazione complessivo dello Stato, quindi pensare di arrivare a una cosa di questa natura, che non si giustifica sotto nessun profilo, mi pare un'operazione ad oggi inopportuna.

Capirei un discorso complessivo nell'ambito della trasformazione federalista dello Stato e di una regionalizzazione dei sistemi previdenziali, anche dei sistemi pensionistici, sia pure che sotto questo profilo molti si interrogano sulla proprietà di formule di questo genere, ho assistito al dibattito in Germania, dove si domanda la regionalizzazione del sistema pensionistico tedesco, ma mi pare che per ora sia solo una posizione demagogica, ma potrei capire una prospettiva di regionalizzazione dei sistemi pensionistici.

Pensare ad una cosiddetta di questa natura, che allo stato, se non altro in Provincia di Trento, aggiungerà macchina a macchina, strumento a strumento, francamente non mi rende convinto della bontà di questa iniziativa. Quindi invito a riflettere se valga la pena che in coda ad una legislatura, con una maggioranza che è fragile anche sotto il profilo politico e programmatico, si arrivi a ipotizzare una cosa di questo genere, che ben che vada aggiungerà burocrazia a burocrazia, carrozzone a carrozzone.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter. Wir sprechen jetzt über den Aufhebungsantrag der Institute. Das ist jetzt das Thema...alles klar...nein, nein, ich habe nicht gezweifelt, ich habe nur geklärt um was es geht. Bitte.

BENEDIKTER: Ich habe seinerzeit diese Durchführungsbestimmungen durchgesetzt, wonach eben die Region diese beiden Institute übernehmen soll, die dann als Institute der Region hätten handeln sollen. Allerdings hätten sie weiter die Staatsgesetze angewendet, weil die Region ja nicht zuständig war, den Staat hinsichtlich der Sozialversicherung zu ersetzen. Man hätte längst schon diese Institute errichten sollen.

Auf meine Veranlassung ist 1984 in das Koalitionsabkommen der Region hineingekommen, daß man sie errichtet, das ist nicht geschehen und man hat dann eine Kommission eingesetzt, im September 1986 hat der Regionalassessor eine Kommission eingesetzt, um eine Studie über die Verwirklichung der Durchführungsbestimmungen ausarbeiten zu lassen. Die Studie wurde im Dezember 87 fertiggestellt. Auf 44 Seiten hat man alle erdenklichen Schwierigkeiten für die Verwirklichung dieser Körperschaft ins Treffen geführt und hat es nicht getan. Dann ist 89 noch einmal, 89 bitte, noch einmal wiederholt worden, im Koalitionsabkommen von 89 ist noch einmal der gute Vorsatz gemacht worden, die Institute zu errichten und geschehen ist nichts.

Wir haben am 16. Jänner 1990 das erstmalig und dann noch einmal den Gesetzesentwurf eingebracht, um eben die Institute zu errichten und haben darauf aufmerksam gemacht, daß wenn die Verfassungsreform kommt - wir haben dann im Dezember 93 einen Gesetzesentwurf das zweitemal eingebracht -, dann der Staat ganz bestimmt diese Befugnis im Art. 6 wieder an sich ziehen wird, denn er will ja die sogenannte „previdenza“, die Sozialversicherung, unbedingt behalten und daher wird er diese Art von Abtretung der Institute an die Region Trentino-Südtirol, wo es das einzige Beispiel ist, wird er dann eben rückgängig machen. Wir befinden uns ja gegenüber einem Verfassungsreformentwurf, den die Kammer genehmigt hat, mit dem anscheinend das eher nicht dazu kommt, aber wenn schon, dann ist jedenfalls jetzt die letzte Chance, um so etwas versuchen zu tun, daß man also die Institute endlich errichtet und darauf besteht. Verfassungsrechtlich haben wir beim Stande der Dinge das Recht, die Institute zu errichten, selbstverständlich dann auch darauf zu drängen, daß, wie es in den Durchführungsbestimmungen heißt, daß eben dann, sobald sie errichtet sind, auf Antrag der Region die Befugnisse, die Aufgaben des INPS und INAIL übertragen werden, also des Sozialversicherungsinstitutes und des Unfallversicherungsinstitutes. Nur dann hat es einen Sinn.

Was das Trentino betrifft, wenn da zwei Körperschaften oder zwei eigene Verwaltungen von der Provinz schon errichtet worden sind, dann müssen sie eingegliedert werden und man erspart sich einige Bürokratie auf diese Weise, denn die bestehenden Institute sind ja zum Teil beauftragt worden, daß sie das mitversehen können, was bisher an ergänzender Vorsorge durch Regionalgesetz eingeführt worden ist und der Vorteil wäre, daß in Bozen bzw. in Trient hinsichtlich Sozialversicherung alles örtlich entschieden wird, was sonst eben in Rom entschieden werden muß. Daher bin ich der Ansicht, daß diese Errichtung unbedingt notwendig ist, wenn es eben nicht schon zu spät ist, denn sie könnten sagen: ja jetzt ist die Verfassungsreform unterwegs und die zieht alles wieder an den Staat zurück und das geht nicht mehr. Also muß man im letzten Augenblick noch den Versuch machen, die Verselbständigung, die Verregionalisierung, dieser Institute durchzuführen. Da stimme ich dafür.

PRÄSIDENT: Cons. Zendron. Romano parla come ultimo.

ZENDRON: Presidente, in quest'aula deserta ed abbandonata, con una parte di consiglieri che hanno già preso treni e automobili per ritornare a casa loro, l'assessore

Romano ci propone e il cons. Pinter invece ci invita a non farlo, un'operazioncina di creazione di due istituti, una cosa costosissima, non sono in grado a quantificare la spesa, ma l'assessore ci fornisca la cifra esatta, poiché desideriamo conoscere i costi di gestione, quanto i cittadini spendono.

Assessore Romano, sono una persona sprovveduta che di conti non si intende tanto, non rubo, non butto via i soldi, soprattutto quando sono quelli degli altri, ho sentito che un esperto, come è il prof. Cerea, una volta ha affermato che per fare un istituto di previdenza, che possa reggere, serve un bacino di 800-900 mila abitanti, quindi quando si nomina la Germania e si dice che i Länder amministrano fondi regionali, il discorso è diverso, quanti milioni di abitanti conta la Baviera? Vogliamo scherzare? Vogliamo paragonare queste cose?

Credo che in questo momento, egregio assessore ed egregi signori della Giunta, contino poco le questioni ideologiche, non voglio neanche aprire una discussione, essendo dell'opinione, qualora una realtà piccola potesse fare meglio di una realtà grande, sarei la prima a volerla, però, scusatemi, mi è del tutto oscuro come si possa affrontare il problema economico.

Allora credo che è giusto chiederle di conoscere tutte le cifre, ci dia tutte le valutazioni di tipo finanziario economico, altrimenti se lei non ci dà tutte le informazioni su quanto costa il direttore, il vicedirettore, il vicepresidente, penso che questa sia un'operazione da giudicare in modo estremamente critico e negativo, perché è un'operazione che si presenta come la creazione di cosiddetti istituti mangiasoldi dei cittadini.

Con il suo consenso vorrei fare approvare una piccola norma finale a questa legge transitoria, in cui si dice che gli assessori, i responsabili della Giunta che approvino questo si impegnano in futuro, se la cosa fallirà, a pagare di tasca propria e dei propri parenti gli eventuali ammanchi che verranno ad esserci, la qual cosa mi sembra essere assolutamente necessaria.

Assessore Romano, se verrà approvato questo e se non sarà chiaro come vanno i conti, ha già capito tutto? Voglio una norma transitoria che impegni gli assessori, tutti i membri della Giunta a ripagare i danni eventuali o gli ammanchi che ci saranno, perché mai come in questa legislatura ho visto una disponibilità, buttare i soldi di qua e di là, senza pensare alle conseguenze future, perché tanto si pensa: chissà fra un po' non ci sarò più e quindi si può anche rischiare.

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist für zwei Minuten unterbrochen.

(ore 17.24)

(ore 17.39)

PRÄSIDENT: Entschuldigung, wir setzen jetzt wieder fort. Das Wort hat die Frau Abg. Chiodi.

CHIODI: Dov'è l'assessore Romano? Assessore la ringrazio, dicevo che non sono d'accordo su questo articolo dei due istituti e mi meraviglio che questi articoli siano arrivati, perché ricordo che in passato anche il Presidente Grandi non era d'accordo con i due istituti.

Al di là della battuta, assessore Romano, sono quasi certa che lei non sarà in grado di fornirci le cifre esatte di quello che verranno a costare questi istituti, perché dovremmo anche capire esattamente come verranno strutturati, a partire dal direttore, siamo molto abili a fare queste mega strutture, allora sono sicura che alla richiesta della collega Zendron dei costi lei non sarà in grado di rispondere, non può essere in grado di rispondere, a meno che lei non venga qui a raccontarci lucciole per lanterne.

Allora questi due uffici per questi piccoli servizi sono un passaggio molto delicato, perché il costo politico è troppo alto, perché all'inizio, per quel sogno che molti hanno in quest'aula, dell'istituzione degli uffici dell'INPS a livello provinciale e qui ci scontriamo con questo modo di pensare diverso, dove sosteniamo che non abbiamo persone a sufficienza; ci ricordiamo quanti sono gli abitanti della provincia di Trento e quanti sono quelli della provincia di Bolzano, di conseguenza corriamo il rischio di mettere in piedi un baraccone di un costo incredibile, che ci mangia una parte di questi fondi, per una risposta che credo debba essere esaminata in quest'aula in maniera diversa, però non c'è ombra di dubbio che questa è l'apertura di una porticina e non so se vale la pena a fine legislatura, collega Romano, fare una scelta politica ed un passo di questa portata.

Forse varrebbe la pena che la modifica alla legge che lei sta proponendo andasse avanti come è stata gestita fino ad ora, le province di Trento e Bolzano hanno già i loro uffici, perché qualsiasi persona che deve fare riferimento alle leggi che noi abbiamo fatto in passato, la pensione, gli assegni di cura e tutto il resto che c'è in quei disegni di legge che abbiamo approvato alcuni anni fa, nella provincia di Trento ci sono strutture che funzionano bene. Allora noi andiamo a mettere in piedi un costo non solo economico, ma soprattutto politico, che credo non sia giusto che a fine legislatura venga fuori, perché altro deve essere il confronto di scelte come queste.

Assessore Romano, c'è il problema del costo economico, c'è il problema del costo politico, che credo nemmeno la vostra maggioranza abbia affrontato e discusso in maniera approfondita nel predisporre gli emendamenti a questo disegno di legge.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen seitens der Abgeordneten mehr. Damit - Benedetti? Ass. Romano parla come ultimo per la replica. Prego, cons. Benedetti.

BENEDETTI: Grazie Presidente. Lei avrà notato che non sono intervenuto prima su questa legge, anche perché devo dire obiettivamente che ho seguito poco la materia, ma mi sembrava sostanzialmente che l'impianto che si era portato a conoscenza dei consiglieri con gli emendamenti fosse sufficiente a dare un quadro riassuntivo e generale di quella che è la materia della previdenza e dell'assistenza in Trentino-Alto Adige.

Adesso arrivano proposte di subemendamenti agli emendamenti e quindi ci troviamo di fronte a scenari assolutamente nuovi e non giustificabili. Mi chiedo come potremmo perseguire una collaborazione transfrontaliera o addirittura quella che qualcuno proponeva all'inizio legislatura, che era l'euregio alpina, che veniva battezzata come Tirolo, nella quale si propugnava di mettere insieme sostanzialmente un organo, riconosciuto giuridicamente, che potesse far operare le 3-4 province che vi aderissero.

Nello stesso tempo stiamo portando avanti anche un discorso di collaborazione transfrontaliera e ci sforziamo, ogni due anni che ci ritroviamo, di elencare una serie di materie, sulle quali potremmo agire e legiferare insieme, avere una legislazione uguale e dare sostanzialmente un assetto normativo uguale a tutte le province.

Adesso invece una competenza, che peraltro risolveva uno dei problemi storici della Regione, che è quello di non riuscire a spendere i propri soldi e che, a mio avviso, doveva essere recuperata anche per quanto è oggi la competenza amministrativa data alle province, penso che emettere oggi un vaglia mensile di sussidio a soggetti non autosufficienti lo si potesse fare anche dalla Regione, perché non vedo che ci siano differenze sostanziali tra il non vedente Trentino e quello altoatesino. Mi sembra una funzione assolutamente amministrativa, che invece mi sembra abbia un forte appetito elettorale e si voglia ancora una volta mantenere in capo alle Province, solo ed unicamente perché questo dà la possibilità di essere più vicino agli elettori e magari assieme all'assegno inviare anche la letterina di accompagnamento dell'assessore, perché altro non si riesce a giustificare.

Abbiamo già all'interno della nostra Regione un istituto nazionale, abbiamo creato il già noto sistema di pensioni integrative, adesso vogliamo aggiungere ancora gli istituti, peraltro provinciali, qui non ci siamo nemmeno degnati di fare un discorso regionale e quindi abbattendo ancora una volta quello che è il concetto di Regione, si dice per semplificare i rapporti tra l'amministrazione ed il cittadino, che peraltro già oggi ha un interlocutore per ogni provincia, in Provincia di Trento abbiamo l'agenzia che fa il proprio lavoro, se non vado errato, assessore Romano, mi sembra che per questa agenzia sia stato messo in campo un concorso per il dirigente, proprio in queste settimane. Quindi questo dimostra come si stia lavorando in disaccordo tra quella che è la Regione e la Provincia, perché se l'idea era quella di portare a casa questo emendamento e di darne attuazione, probabilmente bisognerà ripensare all'agenzia, all'assessorato e allora non vedo come si possa mettere mano all'agenzia e all'assessorato provinciale, avendo come obiettivo la volontà di istituire un istituto nuovo provinciale.

E' facilmente definibile, probabilmente sarà il solito carrozzone INPS provinciale, così chiamato, che invece di aiutare a semplificare quelle che sono oggi le problematiche dei nostri cittadini, troverà ancora il modo di creare orpelli e quant'altro.

Quindi sono assolutamente contrario a questo articolo, peraltro siamo in discussione dell'emendamento Pinter che prevede la sua soppressione e quindi vedrà il mio voto favorevole.

PRÄSIDENT: Danke, abgeschlossen? Gut. Dann gebe ich das Wort dem Assessor Romano. Dann stimmen wir das ab und dann stimmen wir über das andere ab und dann reden wir über das Procedere. Gut. Die Beschlußfähigkeit. Dann werde ich bei dieser Gelegenheit auch feststellen, wieviel überhaupt Leute da sind, dann werden wir über das Procedere nachher auch reden können. Nur um zu schauen wieviel überhaupt Leute da sind. Nur um das festzustellen. Danach reden wir auch. Bitte.

ROMANO: L'argomento credo sia della massima importanza, non so se i colleghi saranno attenti e mi dispiace, perché credo che questa sia una delle parti della legge tra le più importanti e vitali. Tante volte passano delle cose inosservate o sotto silenzio, ebbene, sono io a dirvi: attenzione questa è una delle cose più importanti di questa legge.

Fatta questa premessa mi domando una cosa, se i nostri padri, che hanno elaborato lo statuto del 1948 e lo statuto del 1972, il secondo statuto di autonomia, lo dice uno che non è originario di queste zone, datemi almeno questa possibilità, sono stati degli imbecilli a prevedere certe cose, io ho studiato.

L'art. 6 del secondo statuto di autonomia della Regione Trentino Alto Adige recita: "nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali -eccetera - c'è facoltà di costituire appositi istituti autonomi o agevolarne l'istituzione". Questo è del 1972, siamo nel 1998, siamo in ritardo di 25 anni, colleghi, questi siete voi, autonomisti della sinistra! Non siete autonomisti! Questo significa attuare le leggi che avete fatto voi, quindi non spacciatevi per autonomisti! C'è scritto nello statuto di autonomia della Regione Trentino-Alto Adige, quindi le cose si possono fare bene, fare male, ma si deve farlo, perché c'è scritto nello statuto!

(interruzioni varie)

ROMANO: C'è scritto nello statuto! Lo volete difendere o no lo statuto? Difendetelo come si deve e lo dice uno che non avrebbe nessun dovere di difenderlo, lo difendo in quanto mi hanno eletto in questa assemblea e chi mi ha eletto si aspetta da me un impegno!

Detto questo vediamo cosa c'è di male nel merito di queste norme. Stiamo acquisendo delle competenze sempre più ampie, sempre più importanti, previdenza integrativa e nella prospettiva anche materia di competenza nazionale, ebbene perché vi scandalizzate? Vi siete scandalizzati quando abbiamo acquisito la competenza della scuola, delle strade, in materia di lavoro, di sanità, di industria, di commercio, eccetera, perché vi dovete scandalizzare se un giorno acquisissimo anche competenze in materia di previdenza sociale? Ultimamente in materia di lavoro, di strade e di scuola avete obiettato qualche cosa? Eravate tutti d'accordo, sindacati compresi; nel momento in cui acquisissimo anche questa competenza, a meno che non ci ritenessimo incapaci di gestirle, allora ammettiamolo, è meglio lo Stato della Regione, ma questo è un altro discorso!

(interruzioni varie)

ROMANO: Diciamo che siamo degli amministratori incapaci di gestire le competenze statali, io mi ritengo capace, se voi non vi sentite, il problema è vostro! Io mi ritengo capace di gestire le competenze che lo Stato mi delega.

Detto questo, stavo dicendo che le competenze diventano sempre più importanti e sempre più consistenti, mentre i conti, i conti si fanno alla fine, quando avremo capito quello che c'è dentro il conto, diversamente non è possibile...

(interruzione)

ROMANO: Andiamo avanti. A Bolzano questi interventi, che diventano molto più corposi, vengono gestiti dall'assessorato all'assistenza e sanità, non mi sembra il sito più appropriato, a Trento vengono gestiti da un'agenzia per la previdenza integrativa, può andare bene, questo è il sistema per costituire la gestione della previdenza sociale, attenzione, voi temete che sia un esproprio delle competenze, no, qui si tratta di gestire organizzativamente le competenze che abbiamo o che lo Stato ci darà, non facciamo leggi in materia di pensione, di disoccupazione, di mobilità, di cassa integrazione, non facciamo assolutamente nulla, cerchiamo di costituire un istituto che possa gestire queste cose.

Vi faccio una domanda, negli anni '70 vi ricordate l'INAM? L'istituto nazionale di assistenza malattia nel resto d'Italia? Cosa avevamo nelle Province di Trento e di Bolzano? Avevamo la famosa Cassa malati e funzionava benissimo...

(interruzione)

ROMANO: ...difendo questi istituti non per rubare competenze, ma per gestirle meglio!

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt ab. Die Beschlußfähigkeit wird festgestellt. Wir stimmen über den Aufhebungsantrag des Abg. Pinter ab. Geheimabstimmung? Wer schließt sich der Geheimabstimmung an? Eins, zwei drei vier fünf. Bitte um Verteilung der Stimmzettel. Prego distribuire le schede. Bitte vorher noch, während der Verteilung der Stimmzettel, möchte ich die Frage der Fortsetzung der Arbeiten aufwerfen. Moment, Abg. Mayr. Votiamo prima con alzata di mano sulla prosecuzione o meno dei lavori alle ore sette. Jetzt stimmen wir ab, während die Stimmzettel verteilt werden.

Ich möchte ohne lange Diskussionen wissen, ob wir bereit sind da zu bleiben oder ob wir nicht bereit sind da zu bleiben. Bis 21.00 Uhr würde ich sagen. Der Antrag besteht darin, von 19.00 - 21.00 Uhr weiterzuarbeiten, dalle sette alle ventuno. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge die Hand erheben. Chi è a favore di proseguire dalle sette alle ventuno alzi la mano. Bitte zählen. Weiterarbeiten bis 21.00 Uhr heißt das. Gut. Wieviel haben wir gehabt? Wer stimmt dagegen? No, non si va avanti. Damit wird die Sitzung nach der Abstimmung hier abgeschlossen. Das Ergebnis war folgendes...die Enthaltungen habe ich nicht gezählt. Wer hat sich enthalten? Ja, ist

irrelevant. Das Ergebnis, bitte: 15 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen. Die Enthaltungen haben wir nicht gezählt, aber in diesem Falle war es nur eine Prozedurfrage.

Bitte um Verteilung der Stimmzettel. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	37
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	25
weiße Stimmzettel:	2

Damit ist dieser Aufhebungsartikel abgelehnt. Wir sehen uns erst wieder im Juni. Am 9. Juni. Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 18.08)

INDICE

Disegno di legge n. 63:

Modifiche ed integrazioni alle leggi regionali concernenti interventi di previdenza integrativa e di assicurazione sociale, nonché nuovi interventi in materia (presentato dai consiglieri regionali Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò e Frasnelli)

pag. 2

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 63:

Änderungen und Ergänzungen zu den Regionalgesetzen betreffend Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge und Sozialversicherung sowie neue Maßnahmen in diesem Sachbereich (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò und Frasnelli)

Seite 2

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol)	pag	1-5-9-14-37-40-50-52-59
KLOTZ Eva (Gruppo Union für Südtirol)	"	2-31-34-39-53
PINTER Roberto (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	3-6-23-26-35-54
MORANDINI Pino (Forza Italia - C.D.U.)	"	4-13-48
ROMANO Francesco (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	5-8-11-15-18-20-25-39-63
IANIERI Franco (Gruppo Misto)	"	14
ALESSANDRINI Carlo (Gruppo D.S del Trentino)	"	19-30-38-41-51-57
ZENDRON Alessandra (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	21-38-42-60
CONCI-VICINI Paola (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	24-45
SAURER Otto (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	28-45-52-55
GASPEROTTI Guido (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	32-43-45-55
ATZ Roland (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	34

KURY Cristina Anna (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	pag.	40-46
CHIODI-WINKLER Wanda (Gruppo D.S. del Trentino)	"	49-61
BENEDETTI Marco (Gruppo P.R.I. - A.T. - P.S.D.I.)	"	62